

Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung

Nr. 20, Januar 2004

Gewalt und Fremdenfeindlichkeit Erklärungsfaktoren sowie Handlungsempfehlungen zu den kriminalpräventiven und zivilgesellschaftlichen Potentialen

Dieter Holtmann, Elisabeth Holtmann, Tilo Görl u.a.

Herausgeber: Prof. Dr. Dieter Holtmann

Lehrstuhl für Methoden der empirischen Sozialforschung

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Universität Potsdam



Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung

Nr. 20, Januar 2004

Gewalt und Fremdenfeindlichkeit Erklärungsfaktoren sowie Handlungsempfehlungen zu den kriminalpräventiven und zivilgesellschaftlichen Potentialen

Dieter Holtmann, Elisabeth Holtmann, Tilo Görl u.a.

Herausgeber: Prof. Dr. Dieter Holtmann

Lehrstuhl für Methoden der empirischen Sozialforschung

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Universität Potsdam

ISSN 1612-6602

Gewalt und Fremdenfeindlichkeit

Erklärungsfaktoren sowie Handlungsempfehlungen zu den kriminalpräventiven und zivilgesellschaftlichen Potentialen

1. Zur Prävention von Kriminalität, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit: Ziele und Design der Untersuchung (Dieter Holtmann, Elisabeth Holtmann)	1
2. Phänomene, Analysedimensionen, Problem- und Thematisierungswellen (Dieter Holtmann, Elisabeth Holtmann)	5
3. Erklärungsansätze und Prävention	17
3.1 Erklärungsfaktoren fremdenfeindlicher Gewalt: Versuch einer Synthese durch ein hypothetisches Kausalmodell	19
4. Empfehlungen zur Prävention von Kriminalität, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit (Dieter Holtmann, Elisabeth Holtmann)	22
4.1 Wertgrundlagen zivilisierten Handelns	23
4.2 Integration von Migranten (Dieter Holtmann, Christian Klaufß und Elke Goltz)	26
4.2.1 Integrationspolitik gegenüber Migranten	
4.2.2 Soziale Integration von „Fremden“ durch die Gesellschaft	
4.2.3 Medien und Images	
4.3 Politik und Wirtschaft	28
4.4 Die Regionen als wichtige Handlungsebene	29
4.5 Sozialisation in Familien und Schulen	29
4.5.1 Familien	
4.5.2 Schulen, in Zusammenarbeit mit den Eltern (Dieter Holtmann, Elke Goltz)	
4.6 Jugendarbeit	31
4.6.1 Koordination der Jugendarbeit	
4.6.2 Verstetigung der Jugendarbeit	
4.6.3 610-Stellen-Programm für Jugendarbeit	
4.6.4 Förderung entbürokratisieren	
4.6.5 Freizeitangebote für Jugendliche	
4.6.6 Anerkennung durch sinnvolle Tätigkeiten	
4.6.7 Demokratie- und Toleranzerziehung	
4.6.8 Integration von schwierigen Jugendlichen	
4.6.9 Ortsbezogene Maßnahmen	
4.6.10 Fazit zur Jugendarbeit (Dieter Holtmann, Lena Jacobi)	
4.7 Stärkung der Zivilgesellschaft (Dieter Holtmann, Tilo Görl)	36
4.7.1 Initiativen	
4.7.2 Kirchen, Vereine etc.	
4.7.3 Beteiligung der Jugendlichen	
4.8 Politik und Verwaltung (Tilo Görl)	40
4.8.1 Ordnungskräfte	
4.9 Wirkung bisheriger Maßnahmen	41
4.9.1 RAA	
4.9.2 Mobile Beratungsteams	
4.9.3 Koordinatoren gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt	
4.9.4 MEGA	
4.9.5 TOMEK	

4.10 Prävention, Präventionsgremien und die Vernetzung mit der Zivilgesellschaft...42

4.10.1 Kommunale Ebene richtig

4.10.2 Aufgabe: Koordinierung

4.10.3 Personenkreis

4.10.4 Bei den besonders belasteten Gemeinden beginnen.

4.10.5 Die Arbeit der KKV-Gremien muss vom Landespräventionsrat
unterstützt werden.

4.10.6 Der Erfahrungsaustausch auf Kreisebene wäre sinnvoll.

4.10.7 Kommunale und überkommunale Vernetzung im Rahmen des Handlungs-
konzepts „Tolerantes Brandenburg“ (Dieter Holtmann, Tilo Görl)

Literaturverzeichnis.....55

1. Zur Prävention von Kriminalität, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt: Ziele und Design der Untersuchung¹

Gegenstand des Projektes war eine Befragung der Gremien zur kommunalen Kriminalitätsverhütung des Landes Brandenburg. Unsere Erhebung zielte auf eine erste Bestandsaufnahme der regional und kommunal sehr unterschiedlichen Anlässe, Formen und Kontexte von Fremdenfeindlichkeit und Gewalt, der Aktivitäten der kommunalen Präventionsgremien und deren Einschätzung und Bewertung der Effizienz möglicher Gegenmaßnahmen und -strategien.

Ergänzt wurde die Bestandsaufnahme der kommunalen Präventionsgremien durch eine Befragung zivilgesellschaftlicher Initiativen.

Ziele der Untersuchung

Fremdenfeindlichkeit und Gewalt werden in der öffentlichen Diskussion als Ausdruck modernisierter Formen des Rechtsextremismus diskutiert, deren kriminelle Auswüchse besonders sichtbar werden. In der sozialwissenschaftlichen Forschung dagegen werden diese Phänomene und auch die Möglichkeiten und Grenzen von Gegenstrategien vor dem Hintergrund und im Zusammenhang mit Fremdenfeindlichkeit in der breiteren Bevölkerung betrachtet, die ihren Ausdruck in entsprechenden Einstellungen und im Wahlverhalten findet. Entwickelt sich das in Frage stehende Phänomen auf diesen Ebenen gleichsinnig, ist das Problem somit über verschiedene Dimensionen beeinflussbar?

Ziel des Projektes ist eine Bestandsaufnahme und Systematisierung

- der konkreten regionalen Erscheinungsformen von Gewalt und Fremdenfeindlichkeit und ihrer möglichen Ursachen sowie
- die Ermittlung des wahrgenommenen politischen Handlungsbedarfs.

Zur Bestandsaufnahme der bestehenden Gremien wurde ein Interviewleitfaden für eine teilstandardisierte Expertenbefragung der Leiter der Kommissionen entwickelt. Mithilfe dieses Leitfadens sollten erfasst werden:

¹ Der folgende Bericht ist eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse des Abschlussberichts zum Lehrforschungsprojekt „Gewalt und Fremdenfeindlichkeit“, das an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Potsdam unter Leitung von Prof. Dr. Dieter Holtmann durchgeführt wurde. Die Autoren des ausführlichen Berichts sind: Dieter Holtmann, Elisabeth Holtmann, Tilo Görl, Elke Goltz, Ulrike Fischer, Ines Janeczka, Lena Jacobi, Christian Otto, Christian Klauß, Juliane Hoffmann, Karen Tinsner, Claudia Patzwald, Claudia Buchheister, Ursula Bsdok, Mirja Christ, Anne Elsner, Jan-Peter Hagenmüller, Andreas Kellner.

- die konkreten regionalen Problemlagen und Erklärungsansätze aus der Sicht der vor Ort Zuständigen sowie
- Handlungsmöglichkeiten und Empfehlungen, die diese Experten formulierten.

Design der Untersuchung

Auf Grundlage eines Pretests mittels Leitfadeninterviews mit Leitern der bestehenden Gremien wurden Informationen zur Überarbeitung des Erhebungsinstruments gewonnen. Die Befragungen wurden durch Mitglieder des Lehrkörpers des Faches Soziologie der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam sowie insbesondere durch zwei Projektmitarbeiterinnen durchgeführt.

Die Ergebnisse des Pretests wurden systematisiert und dienten zur Modifizierung des Erhebungsinstruments.

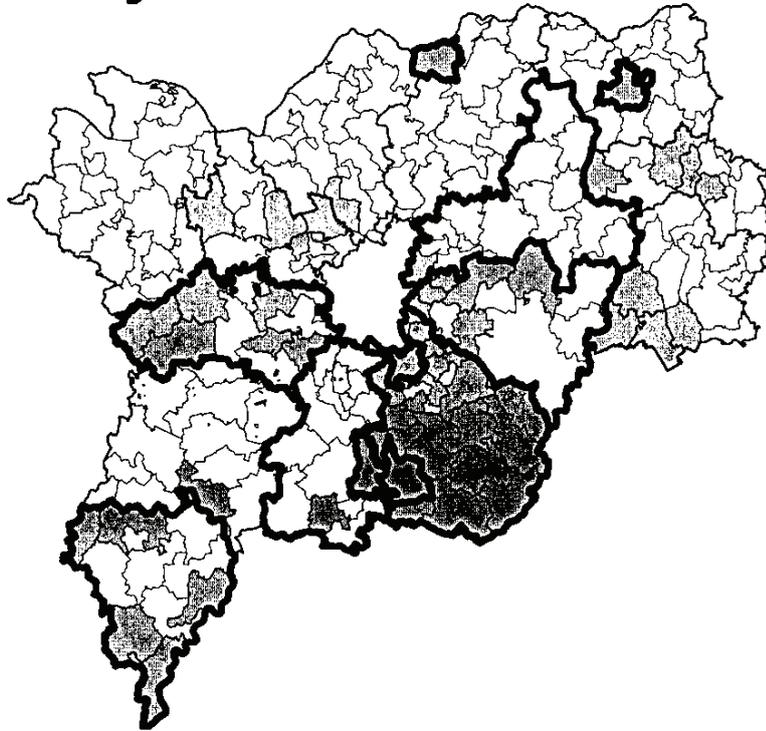
Im Anschluss daran fand ein erster Austausch mit allen Projektbeteiligten (Vertreter der Ministerien, des Landespräventionsrats, der Universität Potsdam) im Rahmen der Plenarsitzung des Landespräventionsrates am 19.07.2001 statt. Dabei wurden erste Befragungsergebnisse diskutiert.

Unter Berücksichtigung der Anregungen dieses Treffens wurde die Haupterhebung durchgeführt, wobei insgesamt 77 Interviews zu 80 Präventionsgremien realisiert werden konnten². Angesichts der Dringlichkeit des Problems wurde die Projektdauer für die Bestandsaufnahme auf den Zeitraum von April bis Oktober 2001 festgelegt, der Bericht wurde am 2.11.01 übergeben. Diese sehr kurze Projektphase verhinderte eine an mancher Stelle sicher wünschenswerte detailliertere Betrachtung. Trotzdem hofften wir, Grundlagen und Ansatzpunkte für weiterführende Diskussionen eines gesellschaftlich drängenden Problems zu geben.

Ergänzt wurde die Erhebung in den Präventionsgremien durch eine zusätzliche Befragung von zivilgesellschaftlichen Initiativen in 17 nach systematischen Gesichtspunkten ausgewählten Orten: Als Brennpunkte rechter Kriminalität galten laut Innenministerium nach dem Stand von Februar 2002 Guben, Rathenow, Frankfurt a. d. Oder, Königs Wusterhausen und Eberswalde. Dort wurden u.a. die Mobilen Einsatzeinheiten gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit (MEGA) eingesetzt. Seit März 2001 gab es außerdem die Sonderkommissionen „Täterorientierte Maßnahmen gegen extremistische Gewalt“ (TOMEG) in Cottbus, Guben, Potsdam, Königs Wusterhausen, Rathenow, Prenzlau / Templin und Frankfurt a. d. Oder, seit Januar 2002 auch in Wittstock / Pritzwalk. Neben

¹ Von der Ausgangsliste von 86 Gremien tagten 4 Gremien zur Zeit nicht mehr, 2 Gremien konnten im ganzen Zeitraum keinen Interviewtermin anbieten. In 3 Interviews gaben 2 Gremien gemeinsam Auskunft.

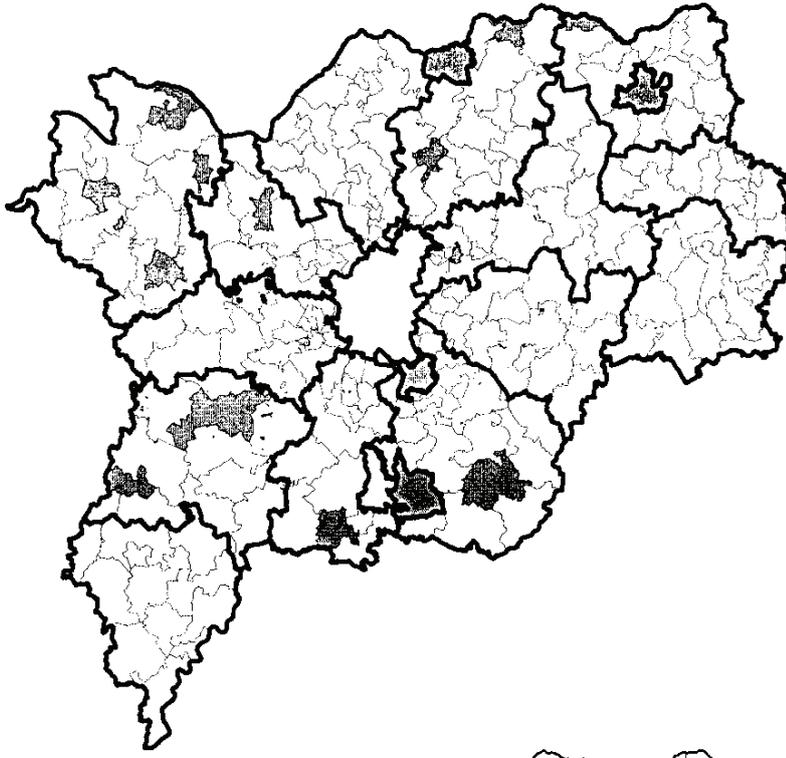
1.) Interviews mit kommunalen
Präventionsgremien



Präventionsgremium

-  Amt / amtsfreie Gemeinde
-  Landkreisebene
-  kreisfreie Stadt

2.) Interviews mit lokalen Initiativen aus der
Zivilgesellschaft



Quelle (Kartographie): Landesvermessungsamt Brandenburg; Bearbeitung: E. Goltz

² Von der Ausgangsliste von 86 Gremien tagten 4 Gremien zur Zeit nicht mehr, 2 Gremien konnten im ganzen Zeitraum keinen Interviewtermin anbieten. In 3 Interviews gaben 2 Gremien gemeinsam Auskunft.

diesen Schwerpunkttorten gemäß der Belastungszahlen wurden als weitere wichtige Orte und Initiativen berücksichtigt: Neuruppin im Vergleich zu dem Schwerpunkt Wittstock im Landkreis Ostprignitz-Neuruppin; die Stadt Brandenburg als eine der vier größten Städte; Belzig als Kommune mit ihrer bekannten Initiative im Landkreis Potsdam-Mittelmark; Eisenhüttenstadt mit seiner bekannten Initiative und Fürstenwalde als weiterer wichtiger Ort im Landkreis Oder-Spree; Schwedt als weiterer wichtiger Ort und Angermünde mit seiner bekannten Initiative in der Uckermark.

Zur Gliederung des Berichts

Zunächst werden die Phänomene und ihre konzeptionelle Erfassung abgegrenzt. Da die Veränderlichkeit der Phänomene zu den großen Schwierigkeiten bei der Problembearbeitung beiträgt, wird diese Veränderlichkeit anhand der Beweglichkeit der rechtsextremen Diskurselemente diskutiert. Diese Beweglichkeit müssen die Präventionskonzepte adäquat berücksichtigen: Da die Probleme sehr komplex sind, ist das zugehörige Wissen auf viele Kompetenzen und Zuständigkeiten verteilt. Deshalb sind wissensbasierte Aktionen erforderlich, weshalb die Vernetzung der Sachkompetenzen der Experten und die Beteiligung der Zivilgesellschaft der gebotene Weg der demokratisch verfassten Gesellschaft ist.

Im dritten Kapitel werden die Erklärungsfaktoren in einem hypothetischen Kausalmodell in ihrem Zusammenwirken dargestellt. Ferner wird bereits aufmerksam gemacht, dass sich aus diesen Erklärungsfaktoren zusammen mit dem Erfahrungswissen der Experten aus den kriminalpräventiven und zivilgesellschaftlichen Kontexten entsprechende Präventionskonzepte ergeben sollten.

Die Rolle der Zivilgesellschaft wird auch in der aktuellen gesellschaftlich-politischen Diskussion hervorgehoben. Gleichzeitig gewinnen die Kommunen als Orte gelebter Demokratie an Bedeutung. (Vgl. ausführlicher z.B. Annette Zimmer 2003).³ Im demokratiethoretischen Diskurs werden Bürgerengagement und Zivilgesellschaft im Kontext der Weiterentwicklung der repräsentativen Demokratie gedacht. Im wohlfahrtsstaatlichen Diskurs werden Bürgerengagement und Dritter Sektor im Kontext des Übergangs vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft diskutiert. Im Diskurs über die Modernisierung von Politik und Verwaltung wird die Gewährleistungsfunktion des Staates herausgestellt, während die eigentlichen Problemlösungsaktivitäten stärker in die Verantwortung der Zivilgesellschaft übertragen werden sollen, wodurch die Mitgestaltung durch die Bürger an Bedeutung gewinnt.

Auch in unserer um die zivilgesellschaftlichen Akteure erweiterten Untersuchung der Prävention sollte geklärt werden, wie die Präventionsaktivitäten der Politik und Verwaltung einerseits sowie der Zivilgesellschaft andererseits bisher verlaufen und wie sich diese Aktivitäten noch verbessern und aufeinander abstimmen lassen.

Im vierten Kapitel werden schließlich auf der Basis der Erklärungsfaktoren und des Erfahrungswissens aus den kriminalpräventiven und zivilgesellschaftlichen Kontexten Empfehlungen zur Prävention formuliert.

Zur Problembearbeitung ist zentral, dass die demokratisch verfasste Gesellschaft sich um ihre Jugend kümmert, indem sie ihr die Einmündung in Bildung, Ausbildung, Beteiligung und sinnstiftende Verantwortungsaufgaben ermöglicht. Die Folgekosten unterlassener Investitionen an dieser Stelle sind unvernünftig höher. Es muss ein entsprechendes Betreuungsangebot von Eltern, Lehrern, Ausbildern, Jugendarbeitern, Jugendsozialarbeitern etc. geben. Entsprechendes gilt für die gesellschaftlichen Ordnungskräfte, die die Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens vermitteln müssen. Zur Vorbeugung von Kriminalität, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit sind neben dem verantwortlichen Handeln von Politik und Medien auf überregionaler Ebene insbesondere die Verantwortungsträger in den Kommunen gefordert: Die Bürgermeister, Amtsleiter, Ordnungskompetenzen, Jugendkompetenzen usw. haben eine Verantwortung für das gesellschaftliche Klima in den Kommunen. Dabei können und müssen sie unterstützt werden von der Zivilgesellschaft, deren Initiativen allerdings quasi zarte Pflanzen sind, die umgekehrt der vollen Unterstützung durch Politik und Verwaltung bedürfen. Das Ermöglichen von Vielfalt schafft auch die Möglichkeit, „das Fremde“ als „Anderes“ zu tolerieren und schließlich zu akzeptieren, wobei die wechselseitige Anerkennung des „Eigenen“ und „Fremden“ das Ziel sein sollte.

2. Phänomene, Analysedimensionen, Problem- und Thematisierungswellen

Phänomene

Die Gewaltakte, um die es hier insbesondere geht, richten sich typischerweise gegen zwei Personengruppen:

- solche, die als „Fremde“ wahrgenommen werden,
- Schwache, z. B. Obdachlose und Behinderte

³ Zimmer, Annette: Voraussetzungen und Chancen für bürgerschaftliches Engagement in der modernen Gesellschaft. URL: <http://212.65.1.122/Hauptversammlung2000> (22.08.2003)

Insgesamt handelt es sich also um Gewalt gegen Personen, die von einer sozial konstruierten Norm einer ebenfalls konstruierten „Wir-Gemeinschaft“ abweichen. Potentieller Gegenstand der Aggressionen sind also alle, die nach diesen Maßstäben nicht „deutsch“ aussehen oder nicht deutsch reden. Opfer der Aggressionen sind mithin auch „ausländisch“ aussehende Deutsche, Personen, die in der Öffentlichkeit fremde Sprachen - auch Englisch - sprechen, und solche, die erkennbar aus den stützenden sozialen Beziehungen hinausgefallen sind.

Dieses Phänomen findet sich nicht nur in Brandenburg bzw. in Ostdeutschland, sondern auch in Westdeutschland und in unterschiedlicher Intensität in allen Ländern Westeuropas und Nordamerikas. Sowohl in West- wie in Ostdeutschland war es schon vor 1989 anzutreffen, kann also nicht nur als Folge der deutschen Vereinigung angesehen werden.

Wo es größere Konzentrationen immigrierter Bevölkerungen gibt, kommt es zuweilen zu heftigen Gegenreaktionen. An den entsprechenden Konflikten sind vor allem deren Jugendliche beteiligt. In Brandenburg, das einen sehr niedrigen Bevölkerungsanteil von Ausländern bzw. Einwanderern hat, gibt es Konflikte zwischen verschiedenen jugendlichen Gruppierungen: „Es ist zunehmend zu verzeichnen, dass Auseinandersetzungen zwischen rechts- bzw. linksorientierten Jugendlichen bzw. jugendlichen Gruppierungen in gewisser Weise eskalieren und größere Störungen und Straftaten gegenwärtig nur durch einen massierten repressiven Polizeieinsatz, unterstützt durch Präventionsmaßnahmen verhindert werden können.“ (PP Oranienburg: Lagebild Jugend 1999, S.9)

- Zu den Phänomenen gehören also auch Gewaltakte gegen anders denkende oder sogar nur „bunt gekleidete“ Jugendliche.

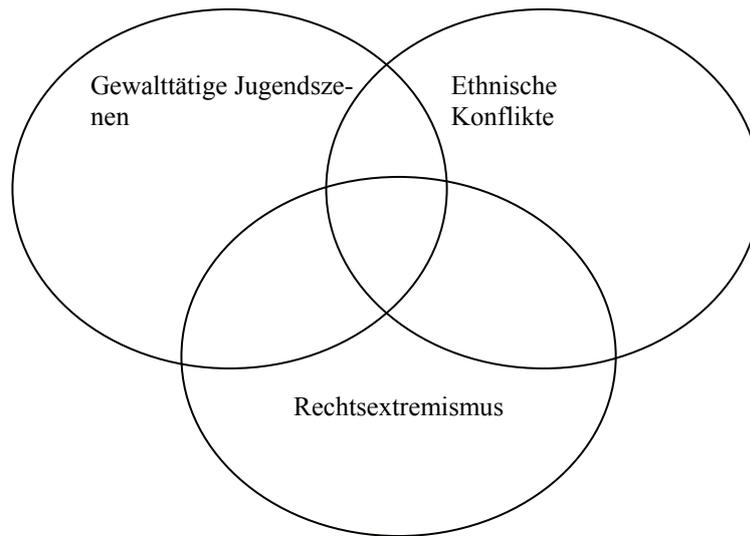
Opfer rechter Gewalt sind überwiegend junge Männer. Gemäß Opferperspektive Brandenburg (Jahrbuch 2002) befinden sich unter den 140 Gewaltopfern im Jahr 2002 ca. 46 % nicht-rechte Jugendliche, ca. 38 % MigrantInnen, ca. 6 % Russlanddeutsche, ca. 4 % schwarze Deutsche sowie ca. 1 % Obdachlose.

„Hauptprobleme in der Kinder- und Jugend(sozial)arbeit sind allerdings nicht politisch motivierte Grenzverletzungen, die vereinzelt auch auftreten, sondern:

1. ein Egozentrismus einschließlich Fremdenfeindlichkeit gegenüber dem Anderen schlechthin (der nicht zur Clique, zum Stammpublikum, zur Altersgruppe, zum Geschlecht etc. zählt) und

2. eine Tolerierung und Normalisierung von Gewalt als legitimes Mittel der Interessendurchsetzung und Konfliktlösung bei Kindern und Jugendlichen (aus: Antrag der Stadt Potsdam zu einem „Lokalen Aktionsplan für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“, 2001).

Konzeptionelle Erfassung der Phänomene fremdenfeindlicher Gewalt: 3 Problemfelder



Übergriffe auf „Fremde“ bis hin zur Gewaltkriminalität, insbesondere gegenüber Migranten, aus Gruppen von Jugendlichen heraus, zum Teil mit der Vorstellung, das eigene „Territorium“, die eigene „Herrenrasse“ gegen die Bedrohung „von außen“, „durch Fremde“ quasi „präventiv zu verteidigen“, sind ein komplexes Phänomen. Da es sich bei den Gewalttätern überwiegend um männliche Jugendliche handelt, wobei aber weibliche Jugendliche mit entsprechenden Einstellungen zur Clique gehören, wird zum einen die Jugendforschung berührt. Zum anderen handelt es sich am häufigsten um Übergriffe auf vermeintlich „ethnisch Fremde“, weshalb Migration und ethnische Minderheiten als Anlässe von Bedeutung sind. Schließlich ist ein kleinerer Teil der Szenen ideologisch motiviert, mit Vorstellungen von der natürlichen Ungleichheit der Rassen bzw. Ethnien, wobei die eigene „Herrenrasse“ als „auserwähltes Volk“ durch besondere Qualitäten eindeutig vor den „Fremden“ rangiert: Mit Verweis auf „deutsche Wertarbeit“, harte Arbeit („sauer verdientes Geld nicht mit xy teilen“) und dem gesamten Selbstbild „hart, zäh, schnell“ wird der Anspruch auf bevorrechtigte und exklusive Behandlung als Deutsche gegenüber „den Fremden“ erhoben. Insofern ist auch das Feld des Rechtsextremismus von Bedeutung mit den entsprechenden Weltbildern, Deutungsmustern, Überzeugungssystemen, Orientierungen, Einstellungen und Handlungsbereitschaften sowie den zugehörigen Kameradschaften, Organisationen und Parteien.

Am schwierigsten gestaltet sich die Abgrenzung des Rechtsextremismus, da man von einem Einstellungs-Syndrom ausgehen muss, das sich aus verschiedenen Komponenten zusammensetzt, die man gemäß Falter und Winkler etwa unterscheiden könnte als 1) Politische Ideologie (Selbsteinstufung als politisch rechts), 2) Autoritäre Orientierung (Ruhe und Ordnung vs. freie Meinungsäußerung) und 3) Nationale Identifikation (Nationalstolz). Ferner sollte man unterscheiden zwischen dem „alten“ Rechtsextremismus, der an der deutschen Vergangenheit orientiert ist (ob etwa Hitler ohne den Krieg ein großer Staatsmann gewesen wäre) und dem „neuen“ Rechtsextremismus, für den die „Ausländerfeindlichkeit“ konstitutiv ist. Während der „alte“ Rechtsextremismus eher an Bedeutung verliert, gewinnt der „neue“ Rechtsextremismus an Bedeutung. Wie Winkler zu recht argumentiert (Vortrag in Berlin 2001), resultiert das „rechtsextreme Potential“ in Umfang natürlich unmittelbar aus der Nominaldefinition des Rechtsextremismus, d.h. aus der Festlegung des Beobachters, wie viel Kriterien des Syndroms erfüllt sein müssen. Sinnvoller ist es stattdessen, empirisch zu ermitteln, in welchen Teilgruppen welche Anfälligkeit im Anstieg begriffen ist, weil dies als Indikator für Handlungsbedarf interpretiert werden kann.

Eine umfassende Diskussion des Rechtsextremismus versucht Jaschke (1994:31): Er konzipiert Rechtsextremismus als „die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklarationen ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen. Unter ‚Rechtsextremismus‘ verstehen wir insbesondere Zielsetzungen, die den *Individualismus* aufheben wollen zugunsten einer völkischen, kollektivistischen, ethnisch homogenen Gemeinschaft in einem starken Nationalstaat und in Verbindung damit den *Multikulturalismus* ablehnen und entschieden bekämpfen. Rechtsextremismus ist eine antimodernistische, auf soziale Verwerfungen industriegesellschaftlicher Entwicklung reagierende, sich europaweit in Ansätzen zur sozialen Bewegung formierende Protestform.“

Ethnisch-kulturelle Mobilisierung zielt gemäß Kitschelt (2001) auf die (Um)Verteilung knapper Güter (Ämter, Einkommen, Eigentum etc.) zwischen Gruppen. Bei schlechter Wirtschaftslage handeln viele Individuen eher gruppenorientiert. Ethnokultureller Partikularismus ist gemäß Kitschelt ein Spezialfall autoritärer Orientierungen, welcher keine Toleranz für Differenz aufweist. Angesichts des Rückbaus der Sozialstaaten in Europa haben die wirtschaftlich verletzlichsten Gruppen das höchste ethnozentrische Mobilisierungspotential. Es hängt von der Qualität der Partieliten ab, ob und wo dieses Potential integriert wird.

Der „Rassismus“ gegenüber den Migranten besteht gemäß Balibar (1993) darin, dass die Differenz von „Einheimischen“ und „Zugewanderten“ (die in unserem Fall zum Teil in Deutschland geboren sind) folgenreich konstruiert wird, was sich etwa in ungleichen politischen Rechten niederschlägt. Allerdings verwendet Balibar den Rassismus-Begriff gemäß Claussen zur Konstruktion eines Gefühls moralischer Überlegenheit alter Linker, die ihre tatsächliche gesellschaftliche Ohnmacht kompensieren soll (FR 14.4.1994). Dagegen analysiert Claussen: Ausgangspunkt ist ein Gefühl gesellschaftlicher Ohnmacht. „ > Rassismus < eignet sich besonders gut zur Rechtfertigung von Gewalt und Aggression; denn er war nie etwas anderes als ein Legitimationsmuster von unmittelbaren Gewaltverhältnissen. Der Rassismus hat nie, wie von den Antirassisten unterstellt, die Validität einer konsistenten Theorie besessen, sondern er ist entwickelt worden, um besondere Gewaltverhältnisse zu begründen, die er als > einzig natürlich < rechtfertigen sollte.“

„(...) > Deutschland den Deutschen! < (...) klagt den Anspruch ein, > dazuzugehören <.“ Die Gewalttäter greifen zur Gewalt auch „aus Angst, sonst zu den Anderen gehören zu müssen, die der gesellschaftlichen Gewalt schutzlos preisgegeben sind.“ (Ebenda)

Durch die „Wiedervereinigung“ ist Deutschland zunächst wieder eher als Abstammungsgemeinschaft denn als Verfassungsgemeinschaft konstituiert. Durch Änderungen im Staatsbürgerschaftsrecht ist dies jedoch bereits etwas modifiziert worden, das zu erwartende Antidiskriminierungsgesetz infolge von EU-Beschlüssen wird diese Entwicklung wohl fortsetzen.

Fremdenfeindliche Gewalt wird häufig aus dem Rückhalt von Gruppen heraus verübt, psychoanalytisch könnte man sagen, die eigene Schwäche, die man nicht wahrhaben möchte und die durch die Gruppenstärke kompensiert werden soll, wird „ausgesondert“ und auf „die Fremden“ projiziert, zu denen ansonsten gar keine Beziehung bestehen braucht. Die Rolle der „peers“ als Bezugsgruppe ist in der Adoleszenz als der Phase einer verstärkten Identitätssuche und Identitätsbildung für die Jugendlichen von besonderer Bedeutung. Da weder die Eltern noch die Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen für diese Orientierungssuche hinreichend sind, kommt der Bezugsgruppe der „peers“ i.a. die größte Bedeutung für die Orientierungs- und Sinnsuche zu. Während traditionale Gruppierungen in kirchlichem oder gewerkschaftlichen Umfeld an Bedeutung verlieren, finden sich die Jugendlichen mit „Gleichgesinnten“ zu ihren Aktivitäten zusammen. Diese „Gesinnungsgemeinschaften“ lassen sich vielleicht am besten als „Szenen“ bezeichnen, die von Hitzler et al. (2001: 20) wie folgt definiert werden: „Thematisch fokussierte Netzwerke von Personen, die bestimmte materiale und/oder mentale Formen der kollektiven Selbststilisierung teilen und Gemeinsamkeiten an typischen Orten und zu typischen Zeiten interaktiv stabilisieren und weiterentwickeln.“

Nach unseren Interviews gibt es einen Trend zur Ausweitung der Hip-Hop-Szene, d.h. eher zur „Fun“-Szene als zu einer evtl. politisierbaren Gruppierung wie den Skinheads. Andererseits haben verschiedene Szenen ihren gewaltbereiten Rand, sodass man diesen Trend nicht zu einer generellen Entwarnung verwenden darf.

Bei dem Phänomen fremdenfeindlicher Gewalt handelt es sich eher um eine glimmende Glut, die man vielleicht durch günstige Randbedingungen und geeignete Aktionen im Umfang begrenzen kann, mit plötzlichen Eruptionen, die nicht vorhersagbar sind, muss man wegen des Nährbodens immer rechnen: Dass aus enttäuschten Hoffnungen Frustrationen entstehen und dass entsprechende Aggressionen auf Sündenböcke projiziert werden, lässt sich durch günstige Rahmenbedingungen wohl nicht völlig verhindern, sondern nur verringern.

Analysedimensionen von Fremdenfeindlichkeit und Gewalt

Es gibt drei Dimensionen, auf denen die Phänomene üblicherweise diskutiert werden, wobei wir eine vierte Dimension ergänzen möchten:

- *Einstellungen (zu „Fremdem“, zu Rechtsextremismus, zu Gewalt, zu Ausgrenzungsverhalten etc.)*

Ergebnis: Wenn Fremdenfeindlichkeit ein wesentliches Charakteristikum des neuen Rechtsextremismus ist, muss man als Potential entsprechende Einstellungen in der Bevölkerung im Auge behalten:

Empirisch zeigt sich, dass alter Rechtsextremismus (betont historischen Nationalsozialismus) rückläufig ist. Neuer Rechtsextremismus, für den Fremdenfeindlichkeit konstitutiv ist, scheint bei Jugendlichen in den Neuen Bundesländern anzusteigen. Hier muss Prävention einsetzen.

- *Wahlen*

Bei Wahlen haben rechtsextreme Parteien bis auf wenige Ausnahmen bislang sehr schwach abgeschnitten. Ihre Chancen wären etwas größer, wenn sie sich nicht bekämpften. Bedeutendste Partei ist auf Wahlebene die DVU, in den entsprechenden Jugendszenen scheint dagegen die NPD tonangebend zu sein.

Fremdenfeindlichkeit und rechtsextreme Tendenzen sind keine ausschließlichen Phänomene der Jugend, unteren Schichten und Modernisierungsverlierer, wie es in der Öffentlichkeit diskutiert wird, sondern finden sich in der ganzen Gesellschaft. So lässt sich empirisch nachweisen, dass z. B. Ausländerfeindlichkeit, als ein Aspekt von Fremdenfeindlichkeit, die ganze Gesellschaft durchzieht,

jedoch ostdeutsche Jugendliche, wie Ostdeutsche insgesamt, durchschnittlich ausländerfeindlicher eingestellt sind als Westdeutsche.

Extrem ausländerfeindliche Einstellungen sind in allen Ebenen der Gesellschaft anzutreffen, fallen jedoch in den einzelnen Bevölkerungssegmenten unterschiedlich stark aus.

Es lassen sich empirisch schwache Zusammenhänge erkennen, die auf eine Zunahme extrem ausländerfeindlicher Einstellungen bei steigendem Alter (besonders Westdeutschland) sowie auf eine Abnahme extrem ausländerfeindlicher Einstellungen und rechtsextremer Wahlneigung bei höherem Bildungsniveau (Ost- und Westdeutschland) hindeuten.

Im Wahlverhalten zeigt sich im Gegensatz zu den Einstellungen, dass rechtsextreme Parteien vor allem bei den Jungwählern überproportional abschneiden.

Während es im ausländerfeindlichen Einstellungspotential kaum Unterschiede nach den Geschlechtern gibt, zeigen Männer eine höhere Wahlneigung zugunsten rechtsextremer Parteien als Frauen.

Insgesamt folgt die Entwicklung der ausländerfeindlichen Einstellungen wie auch des rechtsextremen Wählerpotentials einem wellenartigen Verlauf. Der Zenit dieser Entwicklung wird bei den Einstellungen Mitte der 90er Jahre erreicht. In Ostdeutschland lässt sich in den 90er Jahren insgesamt eher ein Anstieg ausländerfeindlicher Einstellungen verzeichnen, während der Anteil in Westdeutschland leicht zurück geht.

Sowohl für die Einstellungen als auch für die Wahlen ist die sözioökonomische Unzufriedenheit in der ostdeutschen Bevölkerung relevant: So ist die Anteil derer, die Ausländer aus sozioökonomischen Motiven ablehnen, in Ostdeutschland doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern. Die Wahlkampfstrategien der rechtsextremen Parteien wurden durch die kombinierte Thematisierung von sozialen Problemlagen und fremdenfeindlicher Orientierungen verstärkt auf die ostdeutsche Spezifik im ausländerfeindlichen Einstellungsmuster abgestimmt.

Wegen der großen Bedeutung der Einstellungen für das alltägliche Verhalten wäre es für die Prävention *wichtig, das gesellschaftliche Klima bereits im Vorfeld zu verbessern.*

- *Gewalt*

Die Entwicklung ist regional sehr unterschiedlich, d.h. wenn auf Bundesebene neue Spitzen vermeldet werden, dann gilt diese Tendenz nicht gleichermaßen für jede Region oder jede Kommune.

Entwicklung der Kriminalität und Gewaltkriminalität im zeitlichen und regionalen Kontext (BRD: 1993 – 2000; Brandenburg: 1999 - 2000)

Gemessen an der Zahl aller pro Jahr registrierten Kriminalfälle nimmt die Gewalt-Kriminalität mit rund 3 % zwar eine marginale Position ein – der Strafbestand des Diebstahls stellt mit etwa 49 % die größte Straftatengruppe dar –, angesichts der absoluten Werte (von 187.103 im Jahr 2000) und der damit verbundenen physischen und psychischen Folgewirkungen bei den Opfern solcher Straftaten relativiert sich dieser Sachverhalt jedoch eindeutig.

Seit Mitte der 90er Jahre sind gegenläufige Entwicklungen dahingehend zu beobachten, dass die Gesamtkriminalität im Bundesgebiet im Zeitraum 1993/94 bis 1999/2000 leicht zurückgegangen ist (-7,2 %). Die Zahl der Gewaltfälle stieg hingegen um 16,2 % an. Somit erhöhte sich der Anteil der Gewaltfälle an allen Straftaten von 2,4 % (1993/1994) auf 3,0 %. Knapp zwei Drittel (62,5 %) aller Gewaltfälle waren gefährliche und schwere Körperverletzung. Etwa 32 % erfüllten den Tatbestand des Raubes.

Gewaltkriminalität ist *grundsätzlich ein geschlechtsspezifisches Phänomen*, denn 9 von 10 Tatverdächtigen sind Männer. *Zunehmend* ist es auch ein *alterspezifisches Phänomen*, denn *zum Einen* sind Jugendliche und Heranwachsende überproportional unter den Tatverdächtigen bei Gewaltfällen anzutreffen (sie haben im Bundesmittel einen Anteil an der Gesamtbevölkerung von 7,9 %, stellen aber 37,9 % aller Gewaltstraftaten). *Zum Anderen* werden die Täter immer jünger. Die Anzahl tatverdächtiger Kinder (also noch strafunmündig) hat sich seit 1993 nahezu verdreifacht. Bei Jugendlichen erhöhte sich die Zahl um knapp 50 %, bei Heranwachsenden um 78 %. Aufgrund dessen verringerte sich der Anteil tatverdächtiger Erwachsener bei der Gewaltkriminalität um 9,5 %. Am deutlichsten veränderte sich der Anteil Jugendlicher, die nunmehr mehr als ein Fünftel der Tatverdächtigen ausmachen.

Bemerkenswert dabei ist, dass Jugendliche und Heranwachsende in den neuen Bundesländern erheblich stärker als Tatverdächtige in Erscheinung treten als diese Altersgruppen im Bundesdurchschnitt (z. B. in Brandenburg: 48,9 %). Dieses Phänomen lässt sich nur zum Teil aus den höheren Anteilen dieser Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung erklären (10,3 %).

Gewaltkriminalität im Land Brandenburg – regionale Unterschiede und mögliche Erklärungsfaktoren (1999/2000)

Trotz leicht rückläufiger Entwicklung 2000 im Vergleich zum Vorjahr (-10,5 %) bleibt Gewaltkriminalität ein ernst zu nehmendes Phänomen in Brandenburg.

Im Hinblick auf regionale Unterschiede in der Gewaltbelastung (gemessen pro 100000 Einwohner) lassen sich folgende Kernaussagen formulieren. *Zum Einen gibt es einen Zusammenhang zwischen Ortsgröße und Gewaltbelastung*, derart, dass einwohnerstärkere territoriale Einheiten (amtsfreie Gemeinden, kreisfreie Städte) tendenziell stärker belastet sind. *Zum Anderen bilden ungünstige wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen* Kontextvariablen. So weisen etwa Landkreise mit überdurchschnittlichen Anteilen von jugendlichen Arbeitslosen (bezogen auf die Altersgruppe der 18-24), Anteilen von Empfängern von Sozialleistungen (z. B. Mietkostenzuschüsse) oder erheblichen Wanderungsverlusten eine höhere Belastung auf. (Zu beachten ist hier aber wiederum, dass sich die wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen – hier gemessen an den genannten Indikatoren – insbesondere innerhalb der an Berlin angrenzenden Kreisen sehr stark unterscheiden: Somit ist der Aussagewert erheblich begrenzt.)

- *Alltägliches Verhalten*

Die drei Dimensionen von Fremdenfeindlichkeit und Gewalt möchten wir noch erweitern um das alltägliche Verhalten, z. B. das Ausgrenzungsverhalten. Solche Beobachtungen sollten in die Lagebeurteilungen der Präventionsgremien einfließen.

Prävention bzgl. der Kriminalitäts- und der Alltagsdimension

Den Dimensionen von Fremdenfeindlichkeit und Gewalt entsprechend könnte man bei der Prävention unterscheiden in eine Alltagsdimension, die Einstellungen, alltägliches Verhalten und Wahlverhalten umfasst, sowie in eine Kriminalitätsdimension. Bzgl. der Kriminalität herrscht bei der Polizei eine täterorientierte Sichtweise vor, bzgl. der Alltagsdimension findet man bei zivilgesellschaftlichen Initiativen häufig eine gemeinwesenorientierte Sicht, wobei durch positive Beeinflussung des gesellschaftlichen Klimas gegenüber ausgrenzendem Verhalten etwa vorgebeugt werden soll. Die KKV-Gremien bilden eine Schnittstelle: Es findet sich sowohl die Konzentration auf die Kriminalitätsdimension als auch die Erweiterung auf die Alltagsdimension.

Problem- und Thematisierungswellen

Die öffentliche Debatte über Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt verläuft - wie das zu erklärende Phänomen - in Wellen. Medien und Politik nehmen das Thema nicht kontinuierlich wahr, sondern eher in konjunkturähnlichen Aufmerksamkeitszyklen (vgl. Schubarth 2001) und bei spektakulären Ereignissen.

Die erste große Debatte fand Anfang der neunziger Jahre als Reaktion auf eine Serie fremdenfeindlicher Anschläge statt (Hoyerswerda 1991, Rostock 1992, Mölln und Solingen 1993), die eine neue Qualität des Rechtsextremismus darstellten. Initiiert vom Bundesfamilienministerium, reagierte die Politik mit einem Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG), das zahlreiche Projekte der Jugendarbeit in den neuen Ländern unterstützte.

Eine zweite Welle der Rechtsextremismus-Debatte wurde Ende der neunziger Jahre durch die unerwarteten Wahlerfolge rechtsextremistischer Parteien ausgelöst:

Bei den Landtagswahlen im April 1998 in Sachsen-Anhalt erhielt die Deutsche Volksunion (DVU) fast 13 Prozent der Stimmen und zog mit 14 Sitzen in den Landtag ein. Gleichzeitig zeigte sich, dass die Parteien des äußersten rechten Spektrums vor allem jüngere Wähler für sich gewinnen konnten, während es sich früher eher um ein Sammelbecken der Älteren, der „ewig Gestrigen“, handelte. Bei den unter Dreißigjährigen lag der Stimmenanteil rechtsextremer Parteien bei 30 Prozent.

Weitere Themenschwerpunkte der öffentlichen Debatte waren die Herausbildung rechtsextremer jugendlicher Subkulturen, die Verbreitung rechter „Kameradschaften“ und die Schaffung sog. „national befreiter Zonen“.

Die dritte Welle wurde durch den Düsseldorfer Bombenanschlag Ende Juli 2000 ausgelöst, bei dem sechs der neun Opfer jüdische Emigranten aus der ehemaligen Sowjetunion waren. Er lenkte die Diskussion u. a. zu den antisemitischen Anteilen des Rechtsextremismus und dessen Bekämpfung durch Verschärfung repressiver Maßnahmen von Polizei, Justiz und Verfassungsschutz, sowie auf ein mögliches Verbot der NPD. Aber bald wurde deutlich, dass eine erfolgreiche Gegenstrategie eine Verstetigung und Verstärkung der Gegen-Maßnahmen auf der kommunalen Ebene voraussetzte.

Während die fremdenfeindliche Gewalt im Jahr 2000 auch im Land Brandenburg anstieg, verringerte sich die allgemeine Zahl der Gewalttätigkeiten laut LKA-Statistiken im Jahr 2000. Um die unterschiedliche Kriminalitätsbelastung der Kommunen zu untersuchen, sind die größeren Zahlen der allgemeinen Gewalttätigkeiten geeigneter, weshalb wir sie für diesen Zweck verwenden.

Die kurzen Ausführungen zu den drei Wellen der öffentlichen Debatte machten deutlich, dass Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Jugendgewalt ein gesamtdeutsches Phänomen sind; allerdings ist das Ausmaß der Gewalt in Ostdeutschland höher. Das lässt vermuten, dass Erscheinungsformen, Handlungsfelder und Ursachen sich z. T. unterscheiden und deshalb entsprechend unterschiedliche Präventionsmaßnahmen erfordern.

Zur Veränderung der Probleme in der Zeit

Nachdem die Anlässe für die ersten Wellen fremdenfeindlicher Gewalt auf kommunaler Ebene weitgehend verschwunden sind - das Problem der Asylbewerber hat sich wegen des starken Rückgangs der Asylbewerberzahlen vermindert, das Aussiedlerproblem ist nur noch punktuell virulent -, sind die heutigen Anlässe diffuser und vielfältiger.

Dies zeigt sich auch an steigenden Zahlen von Jugendlichen unter den Opfern der Gewalt. Zwei Drittel der Gewalttaten geschehen aber zwischen Jugendlichen aus verschiedenen ethnischen Gruppen (laut Sicherheitsbericht 2001).

Zur Beweglichkeit der rechtsextremen Diskurselemente

Gessenharter (2002) unterscheidet acht Diskurselemente der Vordenker der rechtsextremen Strömungen, die im Folgenden kurz diskutiert werden sollen.

1) Antiuniversalismus

Gegen die Vorstellung der französischen Revolution von allgemein gültigen Menschenrechten, die z.B. unabhängig von ethnischer Herkunft, sozialer Schicht und Geschlecht gelten sollen, wird die besondere (partikulare) eigene „Volksgemeinschaft“ gesetzt, in zugespitzten Varianten als „auserwähltes Volk“ mit eigener Berufung auf einen besonderen Missionsauftrag.

2) Absage an die NS-Ideologie

Um für die Taten des Nationalsozialismus nicht haftbar gemacht werden zu können, wird bewusst an Gedanken der Weimarer Konservativen Revolution angeknüpft, sodass man über die gleichen Quellen verfügen kann, ohne auf der Anklagebank zu sitzen. Davon verspricht man sich stärkere ideologisch-kulturelle Erfolge.

3) Verhältnis Kollektiv – Individuum

Wichtiger Vordenker war Carl Schmitt (1888-1985), für den das Kollektiv vor dem Individuum rangiert, während das Grundgesetz als Priorität von der Würde des einzelnen Menschen ausgeht.

4) Freund-Feind-Denken

Statt Anerkennung von Unterschieden (Differenz) und auch unterschiedlichen Interessen, die in demokratischer Konfliktlösung mit Diskurs und gleichem Stimmrecht auszuhandeln wären, wird auf den quasi-kriegerischen Ernstfall des „Die oder Wir“ orientiert, der im Extremfall auf die Vernichtung des Anderen (der Differenz) zielt.

5) Verschiedenartigkeit der Ethnien (Gessenharter: Ethnopluralismus)

„Die deutsche Volkssubstanz“ mit der zugehörigen Kultur wird im Existenzkampf mit den anderen Ethnien gesehen. Es handelt sich also in dieser Sichtweise nicht um einen Pluralismus auf Basis der Toleranz der Differenz von Ethnien, sondern um einen Existenzkampf zwischen verschiedenen Ethnien.

6) Homogenitätserzwingung und Aussonderung des Heterogenen

Um gegen „die Anderen“ effizient kämpfen zu können, muss die eigene Gemeinschaft homogenisiert werden, wozu nach Schmitt (1969) nötigenfalls die Vernichtung des Heterogenen gehört. Der biologische Rassismus definiert die Fremdgruppe biologisch, der moderne kulturelle Rassismus konstruiert die Fremdgruppe dadurch, dass sie in ihrer Lebensform von der eigenen abweicht und „minderwertig“ ist. Diese Konstruktionen dienen der Stabilisierung der eigenen Gruppenidentität und der Rechtfertigung der Ausstoßung der kulturellen „Fremdkörper“. Der Antisemitismus konstruiert „den Juden“ als gemeinsamen „parasitären“ Feind, gegen den man endlich die von den Besatzungsmächten verordnete Demutshaltung verlassen will.

7) Autoritärer Etatismus

Gegen die Freiheit des Individuums wird der autoritäre Staat gesetzt. Die rechtsextreme Elite soll als Avantgarde im Interesse des Überlebens der „Volksgemeinschaft“ agieren. Statt der Rolle als (weibliche) Versorgung soll der Staat die Rolle der (männlichen) Härte bis zum Selbstopfer propagieren, um für den „gesunden Volkskörper“ gegen alle „Schädlinge, Eindringlinge etc.“ zu kämpfen.

8) Anspruch auf kulturelle Meinungsführerschaft (Gessenharter: Elitärer „Verismus“)

Die rechtsextremen Vordenker erheben den Anspruch, das „lebensrichtige Menschenbild“ („Verismus“ von „verus“ (lat.): wahr) zu haben. Während die Individuen nach den Weltkriegen durch Wohlstand und Sicherheit eingeschläfert worden seien, sollten sie nun durch gezielten Tabubruch und Wecken des „gesunden Volksempfindens“ über die Köpfe und „den Bauch“ für den Kampf um die Existenz der eigenen Volksgemeinschaft gewonnen werden, um das „Eigene“ zu reinigen und zu stabilisieren, gegen alle „Fremdlinge“ und alles „Fremde“.

Die Beweglichkeit der rechtsextremen Diskurselemente erfordert eine entsprechende Beweglichkeit der Präventionsüberlegungen.

Aktuelle besteht z.B. angesichts der amerikanischen Intervention im Irak die Gefahr, dass eine „amerikanisch-jüdische Weltverschwörung“ konstruiert wird, um die verschiedenen nationalen

Rechtsextremismen im Kampf gegen Demokratie, Toleranz und Völkerverständigung mit Hilfe der modernen Kommunikationsmedien (wie Internet etc.) zusammenzuführen.

3. Erklärungsansätze und Prävention

Ein Blick in die sozialwissenschaftliche Forschung zum Thema Fremdenfeindlichkeit und (Jugend-) Gewalt zeigt, dass es eine Vielzahl theoretischer Ansätze gibt. Unumstritten ist wohl, dass von einem komplexen Phänomen auszugehen ist, das nicht nur kriminelle Übergriffe einschließlich der Gefahren eines überörtlich organisierten Rechtsextremismus betrifft, sondern auch die Ausstrahlung antidemokratischen, rassistischen und gewaltverherrlichenden Gedankenguts in die Jugendkulturen und den Alltag der gesamten Gesellschaft. Entsprechend ist von komplexen Ursachengeflechten auszugehen.

Die vorhandenen Ansätze geben lediglich eine grobe Richtung vor, in die Prävention zu denken wäre. Aufgabe bleibt es, diese Ansätze auf die lokale Ebene herunterzudeklinieren. Die Ursachenanalysen der Desintegrations- und Individualisierungsansätze beziehen sich auf Prozesse langfristigen gesellschaftlichen Wandels. Krisenerscheinungen wie Arbeitslosigkeit, Abwanderungsprozesse sowie ökonomische Umstrukturierungen liegen jedoch außerhalb der Reichweite kommunaler Gremien zur Kriminalitätsverhütung, sodass der Hinweis auf mögliche gesellschaftliche Fehlentwicklungen oder Fehlentscheidungen wenig Ansatzpunkte für gegensteuernde Aktivitäten liefert. Die Argumentation des *Desintegrations- und Individualisierungsansatzes* könnte daneben z.B. in Richtung einer veränderten Jugendpolitik führen. Gegenstrategien wären aus dieser Sicht Beiträge zur Identitätsstützung, nicht leistungsbezogene Formen der Anerkennung (Anerkennungspolitik), aber auch Formen von Aufklärung und Bildungsangebote wären hiervon abzuleiten.

Ansätze des *Wohlstandschauvinismus* und des übersteigerten Nationalismus betonen Fremdheitserfahrungen im Rahmen von Vorstellungen über Verteilungsgerechtigkeiten. Die Annahme einer relativen Deprivation durch angebliche Privilegierung von Immigranten oder sozial Schwachen führt wie der Ansatz, dass Fremdenfeindlichkeit aus der Mitte der Gesellschaft kommt, zur Beeinflussung eines Grundklimas in den Orten und Gemeinden und ihrer Demokratisierung, zu einer Stärkung des Sozialen, des Solidarischen: Wie der Individualisierungsansatz gehen sie davon aus, dass soziale Ängste Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus befördern.

Der *Eskalationsansatz* bzw. konflikttheoretische Ansatz ist insofern einschlägig, da er mit Blick auf die kommunale Ebene entwickelt wurde. Er regt an, die Kommunen als Gemeinwesen zu betrachten, wobei Integrationsdefizite zu sozialen Konflikten und Verwerfungen führen können. Steuerungsmöglichkeiten für die Kommunen ergeben sich – neben der Integrationspolitik – aus der Suche nach Bedingungskonstellationen mit deeskalierender Wirkung. Dieser Ansatz ist jedoch stark

mit Bezug auf die Situation der Kommunen bei der Unterbringung von Asylbewerbern formuliert, sodass eine Konkretisierung für die heutige Situation aussteht. Aktuelle öffentlich-politische Zuwanderungsdiskussionen und zunehmende Polarisierungen unter Jugendlichen werden von diesen Autoren als aktuelle konfliktverschärfende Probleme vermutet. Darüber hinaus verweist er auf die öffentliche Diskussion brisanter Themen, die vor allem von den Medien gelenkt und beeinflusst wird.

Dieser Ansatz weist in die Jugendpolitik, insbesondere auf die Notwendigkeit einer Demokratisierung und Befriedung der Jugend. Präventionsaktivitäten müssten auf die Integration von Minderheiten zielen, einen Einfluss auf die Medien gewinnen und einen konstruktiven Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft leisten. Der Ansatz legt wie kein anderer nahe, die Anlässe und Kontexte von Fremdenfeindlichkeit und Gewalt, konfliktverschärfende Konstellationen und Bedingungen, die spezifisch für konkrete Kommunen sind, zu systematisieren und in *Regionalanalysen* eingehen zu lassen.

Ansätze über gewaltbereite Gruppen beleuchten den Aspekt der Jugendszenen, die einen wichtigen Anteil des heutigen Phänomenbereichs darstellen. Sie informieren über Gruppenprozesse, Stilmerkmale, Feindbilder usw., sodass wirksame Maßnahmen zur Deeskalation gezielter entwickelt werden können. Sie können etwa bei repressiven Maßnahmen („szenenkundige Beamte“) oder auch im Umfeld der Jugendarbeit nützlich umgesetzt werden.

Für alle Ansätze bleibt festzuhalten, dass es erheblicher Vorarbeiten bedarf, um das Phänomen auf der örtlichen Ebene fassbar zu machen, seine verschiedenen Facetten zu erkennen, es kommunizierbar zu machen, zu klären, welche Aspekte von einem kommunalen Gremium beeinflusst werden können, welche dieser Ebene weniger zugänglich sind. Woran sind Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung im Alltag erkennbar, wo fangen sie an? Sind zunehmende Beschwerden über Obdachlose, die in öffentlichen Räumen Alkohol konsumieren, oder Ärzte, die sich weigern, Ausländer oder Sozialhilfeempfänger zu behandeln, Alarmsignale? Welche Rolle spielt die örtliche Jugendkultur? Wie sind ihre selbst verliehenen Label „links“ und „rechts“ zu bewerten? Sollen „rechte“ und „linke“ Szenen eigene Räumlichkeiten erhalten? Wie sind Minderheiten integrierbar? Welche Integrationskonzepte gibt es?

Wir haben also weniger ein Erkenntnisproblem, folgenreicher ist für die Präventionsarbeit aber ein Defizit an Umsetzungskonzepten: Für die Überwindung einer strukturellen Differenz zwischen Theorie und Praxis werden auf den Alltag anwendbare Konzepte benötigt.

3.1 Erklärungsfaktoren fremdenfeindlicher Gewalt: Versuch einer Synthese durch ein hypothetisches Kausalmodell

Im folgenden Modell sollen die verschiedenen Erklärungsfaktoren mit ihren (hypothetisch) überwiegender Wirkungsmechanismen dargestellt werden.

Die Globalisierung insbesondere der ökonomischen Konkurrenz ist ein langfristig wirksamer Prozess, der aber nach 1989/90 noch einmal einen deutlichen Schub erhielt, da nun mit dem ehemaligen „Ostblock“ etwa ein Drittel der Menschheit zusätzlich am Weltmarkt teilnahm, in der Rolle von Leistungsanbietern, Konsumenten etc. Der Prozess der Globalisierung setzt die ganzen nationalstaatlichen Institutionen unter Anpassungsdruck. Am wichtigsten ist dabei der Druck auf den Arbeitsmarkt, wobei durch die hinzugekommenen Konkurrenten Arbeitsplätze in der Industrie und allgemein für im Hinblick auf die Informations- und Kommunikationstechnologie weniger Qualifizierte unter Druck geraten.

Infolge langfristiger Modernisierungsprozesse, die insbesondere seit den 1960er Jahren infolge der Studentenbewegung an Bedeutung gewonnen haben, haben die Individuen sich zunehmend freigemacht von traditionellem Handeln gemäß Sitte, Brauch und Konvention. Als Kehrseite entsteht dadurch eine Verunsicherung der Individuen, da sie gleichzeitig stärker für alle ihre Wahlhandlungen (eigen)verantwortlich sind. Wenn die Desintegration aus den alten Bindungen heraus nicht gleichzeitig positiv besetzt werden kann oder wird, gewinnt die Suche nach Rückhalt in neuen vertrauten Umgebungen an Bedeutung, bei Jugendlichen in der Regel diejenige peer-Gruppe, die den eigenen Vorlieben am nächsten kommt bzw. die gesuchte Sicherheit in der Gruppe verspricht. Zu den möglichen neuen Vergemeinschaftungen gehört auch das Mitmachen in gewaltbereiten Jugendszenen, in der man statt seiner schwachen Seite die starke Seite durch die Stärke der Gruppe auszu leben und aufzuwerten versucht.

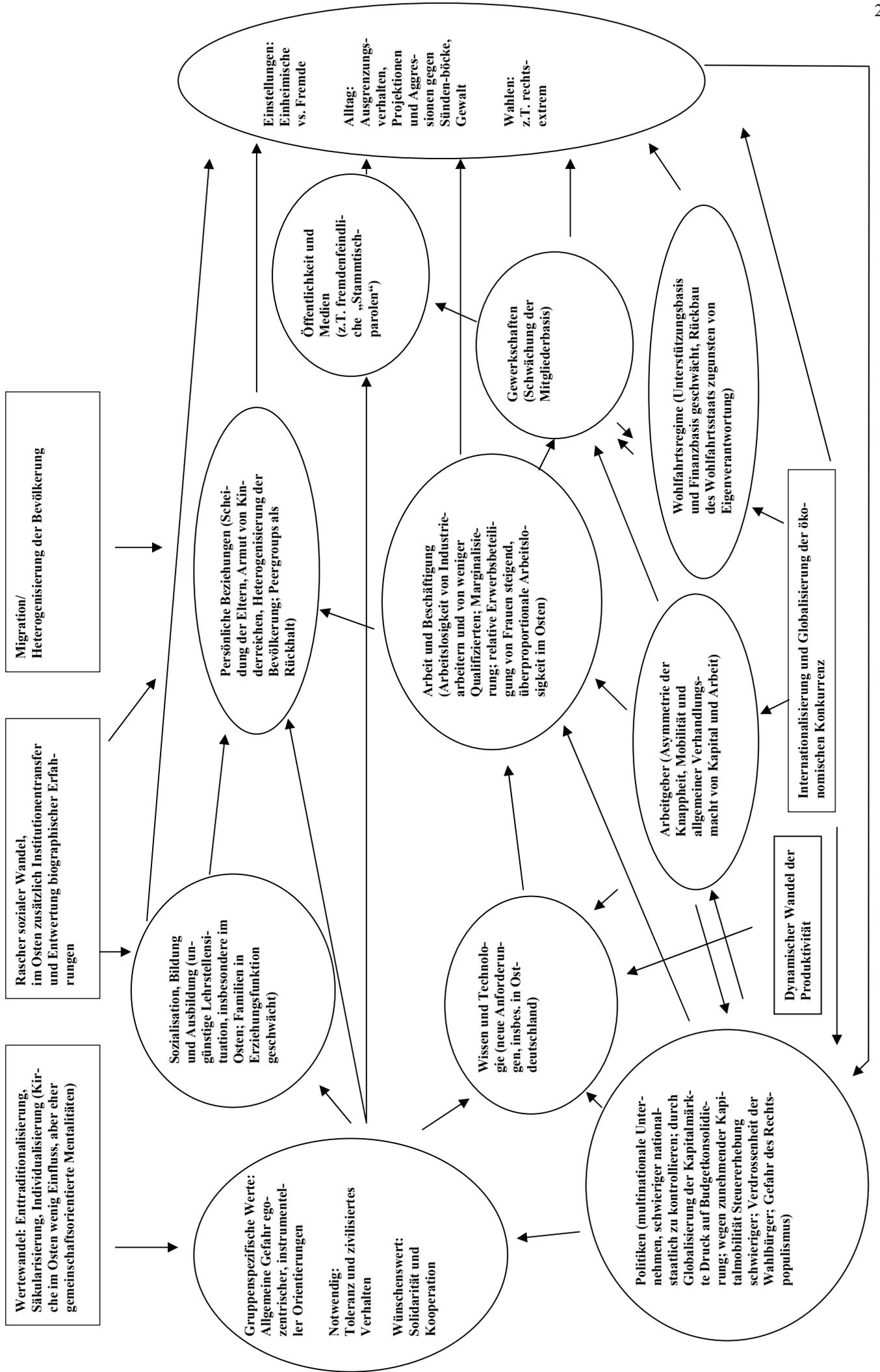
Die zunehmende Migration ist eine weitere Herausforderung, da insbesondere im ländlichen Raum der Umgang mit „Fremden“ eher selten vorkommt und insofern gar nicht „trainiert“ ist, d.h. es gibt eher Verunsicherung als Verhaltenssicherheit. Wenn dann noch die Randbedingungen in den zentralen Bereichen von Ausbildung und Beschäftigung sowie die persönlichen Beziehungen ungünstig sind, steigt die Brisanz des Umgangs mit Fremden.

Nach 1989/90 haben sich die Randbedingungen auf dem Arbeitsmarkt ungünstig entwickelt, da die zunehmende Konkurrenz der Länder mit niedrigem Lohnniveau zu Massenarbeitslosigkeit in westlichen Ländern wie der Bundesrepublik führten. Durch den wirtschaftlichen Schock der Einführung der DM in Ostdeutschland entfielen zahlreiche Unternehmen, Betriebe und Arbeitsplätze in Ost-

deutschland, weil sie zu diesen Währungsrelationen nicht mehr konkurrenzfähig waren. Deshalb ist die Lage auf dem Lehrstellen- und Arbeitsmarkt in Ostdeutschland besonders ungünstig. Ein Teil der beweglicheren Jugendlichen wandert ab, wovon die Chancen zu befriedigenden persönlichen Netzwerkbeziehungen tangiert sind. Wenn man noch die Auswirkungen des Institutionentransfers bedenkt, durch den biographisches Erfahrungswissen in Ostdeutschland zum Teil entwertet wurde, ergibt sich bereits eine Vielzahl von Randbedingungen, die in Ostdeutschland noch ungünstiger sind, auch wenn die allgemeinen Prozesse der Globalisierung und Modernisierung im Westen entsprechend wirken.

Auf erfahrene Frustrationen und Verunsicherungen der Identität mit Aggressionen zu reagieren und auf Sündenböcke zu lenken, ist ein verbreitetes Problem. Es gibt einfache Deutungsangebote, um die Aggression auf „die Fremden“ zu lenken. Gemäß dem Wohlstandschauvinismus will man das „sauer verdiente Geld“ nicht mit Fremden teilen, deren Anwesenheit als nicht legitim angesehen wird. Gemäß dem Standortnationalismus gilt es, den Anteil der „deutschen Wertarbeit“ am Weltmarkt zu verteidigen. Schließlich erklärt der Sozialdarwinismus auch die einheimischen Obdachlosen und sonstigen Randgruppen zu „sozialem Ballast“.

Das Zusammenwirken der Erklärungsfaktoren von Fremdenfeindlichkeit und Gewalt



Ferner wird auch der Pluralismus der Lebensstile von einem Teil der Jugendlichen abgelehnt. Nicht nur der Lebensstil von Minderheiten wie den Homosexuellen, sondern auch der Lebensstil von anders Denkenden Jugendlichen wird zum Teil abgelehnt. Die Konflikte zwischen den Jugendszenen bilden neben den Konflikten mit Migrant*innen bzw. Aussiedler*innen quantitativ den zweiten Problem-
schwerpunkt.

Wenn die Kommunen mit den Problemen der Integration von plötzlich ankommenden Gruppen von Asylbewerber*innen oder Aussiedler*innen allein gelassen werden, liegt die Verantwortung bei den übergeordneten Politikebenen, die dies nicht besser reguliert haben. Wenn Politik und Medien die Stimmung noch weiter anheizen, kann es zu Eskalationen durch jugendliche Gewalttäter kommen, die sich als Vollstrecker des örtlichen Volkswillens zu rechtfertigen versuchen.

Diese Probleme lassen sich umgekehrt in geordnetere Bahnen lenken, wenn die Politik ein Konzept von Migration und Integration entwickelt sowie mit Hilfe auch der Medien an die kommunalen Öffentlichkeiten vermittelt.

In den Kommunen können Politik und Verwaltung die Probleme um so erfolgreicher bearbeiten, je stärker es gelingt, die Zivilgesellschaft zur Unterstützung zu gewinnen, d.h. die örtlichen Öffentlichkeiten, Verbände, Vereine und Initiativen der Bürger.

4. Empfehlungen zur Prävention von Kriminalität, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit

Handlungsempfehlungen gegen Fremdenfeindlichkeit: Das Zusammenwirken der Einflussfaktoren

Die Werterziehung ist zentral für die Vermittlung der Notwendigkeit von Toleranz und zivilisiertem Verhalten. Wünschenswert wäre natürlich mehr als das Notwendige, nämlich Solidarität und Kooperation, was im Spannungsverhältnis von Individuum und Gemeinschaft ausgestaltet werden muss.

Verbesserungen in der objektiven Lage schaffen Rahmenbedingungen, die Toleranz und Solidarität erleichtern. In der Erwerbsgesellschaft sind dies insbesondere Arbeit und Beschäftigung mit den zugehörigen materiellen und immateriellen Anerkennungen. Für Jugendliche ist die Ausbildungs- und Lehrstellensituation zentral, die in Zusammenarbeit von Politik und Verwaltung sowie der Arbeitgeber verbessert werden könnte.

Eine Verbesserung in der sozialen Lage der Haushalte, insbesondere der Haushalte mit besonderen Belastungen, erleichtert die Entwicklung von Anerkennung in persönlichen Beziehungen.

Die Auswirkungen der Internationalisierung insbesondere der ökonomischen Konkurrenz könnten durch die Politik abgemildert werden, indem die Belastungen möglichst solidarisch verteilt werden. Die Migration könnte durch die Politik stärker reguliert und die Integration der Migranten verbessert werden, damit nicht unbearbeitete Probleme bis hin zu fremdenfeindlicher Gewalt eskalieren. Die Jugendlichen dürfen nicht vor verschlossenen Türen stehen, sondern brauchen Möglichkeiten, verantwortliche Aufgaben zu übernehmen, was durch die verschiedenen Arten der Jugendarbeit unterstützt werden kann.

Für ein gesellschaftliches Klima, das Toleranz und Vertrauen fördert, sind insbesondere die Politik und die Medien von Bedeutung, die diese Rolle besonders verantwortlich wahrnehmen müssen.

Die Aushandlung von Wohlfahrtsleistungen unter Beachtung der Eigenverantwortung muss immer wieder im demokratischen Geist entschieden werden, um die Zufriedenheit und Motivation der Bürger zu fördern. Die solidarische Bearbeitung der Probleme erhöht den Gemeinschaftsgeist der Zivilgesellschaft.

Initiativen der Bürger, Kirchen, Vereine etc. sollte von Staat und Verwaltung solidarisch begleitet werden, nicht nur, weil dies den Staat entlasten kann, sondern weil dies die Qualität der demokratischen Teilhabe erhöht.

Wenn die Einstellungen sich durch all diese Faktoren in Richtung von Toleranz und Solidarität entwickeln, verringert sich das Risiko fremdenfeindlicher Gewalt.

Im alltäglichen Verhalten kann durch Zivilcourage Ausgrenzungsverhalten thematisiert und Lernprozesse können angestoßen werden. Wenn die Differenzen nach demokratische Spielregeln bearbeitet werden, kann sich über die Toleranz hinaus eine wechselseitige Anerkennung der Differenzen entwickeln.

In der Demokratie kommt den politischen Parteien und Medien eine besondere Bedeutung zu, die sie als Multiplikatoren zur Verbreitung von Toleranz und Gemeinschaftsorientierung verantwortlich wahrnehmen sollten.

4.1 Wertegrundlagen zivilisierten Handelns

Wünschenswerte Ziele und Tugenden von Gesellschaften

Toleranz (Dulden, Ertragen von anderen), Akzeptanz von Differenz und Vielfalt, Offenheit, Interesse; Sympathie; Barmherzigkeit

Der halb katholische und halb sozialistische Wert der Solidarität

Kulturelle und gemeindliche Autonomie

Diese grundlegenden Handlungsorientierungen beziehen sich nicht nur auf „Fremde“, sondern auf Mitmenschen allgemein.

Individualisierung und Gemeinschaftsorientierung

Die Zunahme des Wettbewerbs nach 1989 hat den Prozess der Individualisierung weiter gefördert. Als Kehrseite der Chancen der Individualisierung gilt die Erosion der Gemeinschaftsorientierung, was von einigen Beobachtern als Werteverfall charakterisiert wird.

„Schlanke“, weil realistische Mindestanforderungen

Moderne Gesellschaften sind ausdifferenziert in den Problemlagen, flexibilisiert, individualisiert und pluralisiert in den Lebensentwürfen. Es hilft nicht, eine gemeinsame Wertebasis einzufordern, man sollte sich mit „schlankeren“, weil realistischeren Voraussetzungen für die Integration moderner Gesellschaften begnügen: Gemeinsame Spielregeln wie die Fairness auf dem Fußballplatz, der ja auch eine typische Arena der Wettbewerbs- und Markterfolgsgesellschaft ist. Die negativen Auswüchse sind die Ellbogengesellschaft und der Gruppendarwinismus von Teilen der Bevölkerung, die ihre Chancen bedroht sehen.

- Es wäre Aufgabe der Familien, KITAs, Schulen, Medien etc., Werte bzw. Fairness-Regeln zu vermitteln, da die Erziehung einen wichtigen Beitrag leisten kann.
- Regeln, Respekt vor Regeln vermitteln und durchsetzen.

Aufklärung gegen Vorurteile

- Dass Ausländer i.a. die Stellen besetzen, für die kein Einheimischer gefunden wurde.
- Dass die Kriminalität pro Ausländer nicht höher ist als pro Einheimischer des gleichen Alters, Geschlechts und sozialer Lage.

Bedingungen zivilisierten Handelns:

Senghaas (1994) unterscheidet in seinem zivilisatorischen Hexagon im Wesentlichen folgende Aspekte, die auf unterschiedlichen Ebenen anzusiedeln sind:

1. Demokratischer Verfassungsstaat
 - 1.1 Gewalteingrenzung: Staatliches Gewaltpotential
 - 1.2 Recht: Regulierung durch einen rechtlichen Rahmen
 - 1.3 Demokratie: Demokratische Teilhabe der Bürger an Entscheidungen
2. Ökonomie: Soziale Gerechtigkeit der materiellen Verteilung

3. Gesellschaft, Organisationen, Verbände etc.: Konstruktive Konfliktkultur
4. Individuen: Affektkontrolle in den Interaktionen; „Bürgergesinnung“.

Neben der staatlichen Repression ist also auch die Internalisierung von Normen als Ergebnis von Erziehungsprozessen wichtig sowie die Prävention durch die Institutionen und Akteure der Zivilgesellschaft.

4.2 Integration von Migranten

4.2.1 Integrationspolitik gegenüber Migranten

Wie die Folgeprobleme der Migration bearbeitet werden, hängt sehr stark von Politik und Medien ab: Ob man mit Begriffen und Aussagen die Diskussion aufwiegelt oder einen konstruktiven Beitrag zur Problemlösung leistet. Entscheidend für eine erfolgreiche Integrationspolitik ist dabei eine erweiterte Blickrichtung, die sich über die verschiedenen Dimensionen von Integration erstreckt (u.a. Anhut, 2001). Demnach sollte unterschieden werden: die *individuell-funktionale* Integration (Zugang zum Wohnungsmarkt, zur Arbeit und zur Bildung), die *kommunikativ-interaktive* Integration (Teilhabe an öffentlichen Angelegenheiten; ausführlicher in 4.7) sowie die *expressiv-kulturelle* Integration, die sowohl auf die Binnenintegration in Gemeinschaften gerichtet ist als auch auf die Anerkennung der Zugewanderten innerhalb der Aufnahmegesellschaft.⁴ Eine solche Blickrichtung hat das Konzept der Landesregierung zur Integration bleiberechtigter Zuwanderer (vgl. 3.1.1.3). Stärker als bisher hebt das Konzept die Integrationsarbeit als kommunale Aufgabe hervor. Dem wird jedoch vorangestellt, dass beispielsweise Verteilungsschlüssel und Zuweisungsverfahren zu optimieren sind, insbesondere dahingehend, dass regionale Rahmenbedingungen – wie etwa die Gemeindegröße, Wohnungs- oder Arbeitsmarktsituation bei der Unterbringung von Aussiedlern und Asylbewerbern mehr Berücksichtigung finden. Damit soll dem dritten Integrationsaspekt stärker Rechnung getragen werden. Denn erfolgreiche Integration basiert nicht zu letzt darauf, dass Einwohner in Ansiedlungsschwerpunkten im Vorfeld hinreichend über Zuwanderungen informiert werden und sich Anzahl von Zuzügen auch an der Einwohnerzahl der Zielkommune orientiert. Es sollte keine Parteipolitik auf Kosten der Problemlösung betrieben werden. Populismus ist bei diesem Thema sehr einfach.

⁴ Anhut, Reimund (2001): Gesellschaftliche Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen in großstädtischen Untersuchungsräumen. Dokumentation des Forums Migrations- und Integrationsforschung 2000. Landeszentrum für Zuwanderung Nordrhein-Westfalen. Solingen. S. 48-52

4.2.2 Soziale Integration von „Fremden“ durch die Gesellschaft

4.2.2.1 Soziale Integration und Gemeindegröße

In kleineren Gemeinden ist die soziale Integration und Kontrolle stärker ausgeprägt, im Ergebnis geschehen dort weniger Gewalttaten. Für die Integration von „Neubürgern“ sind diese Bedingungen allerdings weniger günstig, sodass „Fremde“ auch eher in die Großstädte ziehen. In dem Flächenland Brandenburg mit eher kleineren Gemeinden ist z.B. der Ausländeranteil gering.

4.2.2.2 Zentrale vs. dezentrale Unterbringung

Im Hinblick auf die individuell-funktionale Integration ist zumindest das Problem der Unterbringung von Asylbewerbern und Aussiedlern in den Kommunen inzwischen weitgehend gelöst. Dennoch treten insbesondere dort Konflikte auf, wo sich entgegen den Intentionen des Landes starke räumliche Konzentrationen von als fremd empfundenen Personen - teilweise auch in Nachbarschaft mit anderen Gruppen mit niedrigem Sozialstatus - ergeben. Diese räumliche Konzentration ergibt sich bei Asylbewerbern durch die fast ausnahmslose Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, bei Aussiedlern durch die Zuweisung in freien kommunalen Wohnraum, der sich oft in Neubaugebieten (Plattenbauten) befindet. So sind die Aussiedler zwar dort stark intern integriert, da es oft bereits familiäre Zusammenhänge gibt. Andererseits bilden sie damit aber selbstgewählte Enklaven, deren Integration in das weitere Umfeld dadurch erschwert wird. Wie im Integrationskonzept empfohlen und durch unsere Untersuchungen z.T. empirisch belegt, fördert also eine weniger konzentrierte Unterbringung in den Kommunen die schnellere und vor allem konfliktärmere Integration. Je geringer die Segregation, desto harmonischer gestaltet sich das Miteinander.

4.2.2.3 Sprache, Bildung und Arbeitsmarkt

Der Zugang zu Bildung ist in der Regel gegeben, wird jedoch nicht selten durch Sprachbarrieren behindert. Programme zur Verbesserung der sprachlichen Integration erreichen nicht immer die gesamte Zielgruppe. Während Kinder durch den Schulbesuch in der Regel wenig Probleme mit dem Erlernen der deutschen Sprache haben, gestaltet sich dieser Prozess bei den Ältern mitunter als sehr schwierig. Neben den Kommunen ist hier auch der Bund gefordert, der im Rahmen der Zuwanderungsgesetzgebung ein ausreichendes Sprachförderangebot bereitzustellen und mit zu finanzieren hat.

Am problematischsten stellt sich die Einbindung in den Arbeitsmarkt dar. Insbesondere für hoch qualifizierte Aussiedler – für die der ohnehin angespannte deutsche Arbeitsmarkt kaum adäquate Beschäftigungsmöglichkeiten bietet – erwachsen daraus Konflikte zwischen Erwartungshaltung und

ihrer realen Situation. Ansätze zur Integration bietet bisher hier allein das Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“, in das viele Aussiedler eingebunden sind. Durch die gemeinsame Arbeit mit Einheimischen erweitern sich die sozialen Kontakte über den familiären Kontext hinaus.

4.2.3 Medien und Images

Die Massenmedien setzen in ihrem Wettbewerb zum Teil stark auf die „Zuspitzung“ der Phänomene, wodurch die Darstellung von Gewalttätigkeiten noch zu Nachahmungstaten führen kann. Die Medien müssen sich ihrer Verantwortung bewusst sein. Die Medien dürfen keine Plattform liefern, die der Anerkennung und der Multiplikatorfunktion gewaltbereiter Jugendszenen dient. Andererseits sensibilisieren sie die Öffentlichkeit für die Probleme und fördern dadurch Toleranz.

4.3 Politik und Wirtschaft

Gesellschaftliche Integration verläuft in der Erwerbs-Arbeitsgesellschaft vor allem über Erwerbs-Arbeit: „In einer Gesellschaft, in der das einzige bisher bekannte Medium von Assimilation und Integration zur Mangelware wird - gesellschaftlich anerkannte Arbeit -, erscheint das Egalitätshoffnungen weckende Versprechen einer liberalen Leistungsgesellschaft > You can get it if You really Want < als hohl.“ (Detlef Claussen über den Gebrauch des Schlagwortes Rassismus, in FR 14.4.1994). Allerdings müsste man den Begriff „gesellschaftlich anerkannte Arbeit“ auch über die Erwerbs-Arbeit hinaus auf die gesellschaftlich erwünschte Arbeit erweitern, um ihre Knappheit auf einer definitorisch präzisierten Basis diskutieren zu können.

Die Jugend muss Perspektiven und Aufgaben haben. Die Verantwortung, die Jugend zu qualifizieren bzw. die anderen weiterzuqualifizieren für die Leistungsgesellschaft, muss verstärkt wahrgenommen werden. Solche Investitionen in die Produktionsvoraussetzungen sind die effizienteste Hilfe zur Selbsthilfe, zur Stärkung der Autonomie und Mündigkeit, die ja in einer sich rasch ändernden Gesellschaft hohe Anforderungen stellt. (Die Eliten der 2. und 3. Welt abzuwerben sowie die eigenen Ausgaben für Bildung und Weiterbildung einzusparen, ist keine verantwortliche und überzeugende Politik.)

Im Hinblick auf die Nachfrage muss es in Quantität und Qualität genügend Ausbildungsstellen geben. Die Integration in Ausbildung und Beruf ist eine zentrale Präventionsmaßnahme.

Die Wirtschaftspolitik muss die Beschäftigungsmöglichkeiten ausweiten. Eine Arbeitslosigkeit von Millionen begünstigen Werteverfall und extreme Reaktionen wie etwa Gewalttätigkeiten.

Die Massenarbeitslosigkeit ist dabei gemeint nicht als Grund, mit dem man Täter entschuldigen kann, sondern als ungünstige Rahmenbedingung, die es zu beseitigen gilt.

Betriebe, die schwierige Jugendliche integrieren, könnten einen staatlichen Zuschuss erhalten.

4.4 Die Regionen als wichtige Handlungsebene

Regionale Identität als mögliche Basis gemeinschaftlicher Verantwortung

Wenn es sich auch um ein Phänomen handelt, das nicht nur Ostdeutschland betrifft, so gibt es doch durch die „Schocktherapie“ der Währungsunion und den abrupten Institutionentransfer in Ostdeutschland systematisch viele Frustrationserfahrungen. Es sollte deshalb immer wieder herausgestellt werden, dass „der Osten“ die friedliche Revolution herbeigeführt hat und dass die bisher gemeinsam erreichten Leistungen im Osten zu würdigen sind. Eine Dosis Patriotismus („Stolz auf bisher Erreichtes in den alten/neuen Bundesländern“) ist geeignet als Impfung gegen Nationalismus und Ethnozentrismus in Ost- und Westdeutschland.

Ein Regionalismus, der sich negativ gegen die Fremden als zusätzliche Konkurrenten in der Wettbewerbsgesellschaft richtet, ließe sich positiv wenden von einer regional-ethnischen Begründung zu einem regionalen Patriotismus als Übernahme regionaler Verantwortung für die örtlichen gesellschaftlichen Problemlagen und für Entwicklungskonzepte der bestmöglichen Anpassung von Regionen an sich wandelnde Randbedingungen sowie für die Optimierung auch der Randbedingungen selbst.

Regionale Koordination der Verantwortungsträger

Da die Anlässe eher lokal sind, sind die lokalen Akteure entsprechend gefordert. Die kommunalen Präventionsgremien könnten ausgebaut werden zu einem System regionaler runder Tische, an dem die örtlichen Ämter (Jugendamt, Sozialamt, Ordnungsamt, Polizei etc.), die allgemeinen Schulen und Berufsschulen, die örtlichen Gewerbetreibenden, Wirtschaftskammern, Vermieter, Gewerkschaften, Kirchen, Vereine, Initiativen etc. die regionalen gesellschaftlichen Problemlagen diskutieren und bearbeiten. Ziel wäre die Ermittlung von regionalen Entwicklungspotentialen, um die regionalen Problemlagen ursächlich bearbeiten zu können. Es ließen sich z.B. regionale Ausbildungs- und Beschäftigungsbilanzen als Ausgangspunkt der Überlegungen erarbeiten. Durch aktive Beteiligung wächst die soziale Integration in die Wohngemeinde – unabhängig von Ethnie, regionaler Herkunft etc.

4.5 Sozialisation in Familien und Schulen

4.5.1 Familien

Bessere materielle Bedingungen und geringere zeitliche Anspannungen würden die Zuwendung für die Kinder und Jugendlichen begünstigen.

Die Gesellschaft muss von den Familien Gewaltfreiheit erwarten, denn erfahrene Gewalt begünstigt spätere Gewalt der Kinder und Jugendlichen. Gewalt in den Familien sollte sanktioniert und durch

Politik und Medien entsprechend bearbeitet werden. Zuwendung und Erziehung sollten von den Eltern stärker erwartet werden.

Über die Kinder in den Kindergärten sind auch die Eltern anzusprechen. Hierzu könnten Veranstaltungen des Typs „Wie löst man Konflikte?“ beitragen.

4.5.2 Schulen, in Zusammenarbeit mit den Eltern

Die Schulen fallen in die Zuständigkeit des Landes und der Kreise: Die Schulen sind für die Prävention wichtig, sie werden unterschätzt. In den Lehrplänen könnten die Folgeprobleme - und auch Chancen - der Migration stärker berücksichtigt werden. Neben der Vermittlung von Wissen müssten die Lehrer auch ihren Anteil an der Erziehung stärken. - Die Lehrer sind seit dem Umbruch stark verunsichert. Deshalb gibt es Fortbildungskurse, in denen das Selbstbewusstsein der Lehrer gestärkt werden soll.

Andererseits spielt aber auch eine Rolle inwieweit Kinder und Jugendliche die Schule als Ort der Demokratie erleben. So haben Jugendstudien in Brandenburg gezeigt, dass starke Wechselwirkungen zwischen Schulmotivation und Gewaltbereitschaft bestehen.⁵ Insofern ist es wichtig, dass Präventionsmaßnahmen gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit an den Schulen auch Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Schulqualität beinhalten. Dazu gehören vor allem „lebensnahe Lerninhalte, eine am individuellen Leistungsvermögen der Schüler orientierte Unterrichtsgestaltung sowie eine umfassende Demokratisierung der Schule durch die aktive Einbeziehung der Schülerschaft in die Gestaltung des Unterrichts sowie außerunterrichtlicher Bereiche des schulischen Lebens.“ (Sturzbecher, 2002, S.28). Auch der Einsatz von motivierten Schülern als Streitschlichter oder „Konfliktlotsen“ an den Schulen hilft, das soziale Klima an den Schulen zu verbessern.

Die Gewalt an den Schulen könnte in Veranstaltungen oder über anonyme Meinungsäußerungen (z.B. „Motzkiste“ – Briefkasten, in denen Schüler ihre Kritiken einwerfen können) als Ausgangspunkt in Gesprächen zwischen Lehrern und Schülern bearbeitet werden. Schulsozialarbeiter könnten die Problemfälle bearbeiten, die über den Problemalltag der Schulen hinaus gehen. „Konfliktgespräche“ mit gewaltbereiten Jugendlichen sowie weitere pädagogische Konzepte sind hierzu vorgeschlagen worden (vgl. z.B. Schubarth, APuZ B39/2000). Die Fördermittel Schulbaumaßnahmen sind dringend zu erhöhen, denn eine ungünstige Umgebung fördert Aggressionen. Die Gewalt in öffentlichen Verkehrsmitteln ließe sich reduzieren, indem im Rotationsverfahren jemand mitgeschickt wird (Eltern, Lehrer, Revierpolizisten, Kommune etc.).

⁵ Sturzbecher, Dietmar (2002): Jugend in Ostdeutschland – Längsschnittanalysen zur Lebenssituation und Delinquenz 1999 – 2001. In: Tolerantes Brandenburg im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport & Städte- und Gemeindebund (Hg.). Materialsammlung zu den Regionalkonferenzen der Koordinatoren gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt am 17.11.01 in Cottbus/19.01.02 in Eberswalde.

4.6 Jugendarbeit

Für Kreise und kreisfreie Städte gehört die Jugendarbeit zu den Pflichtaufgaben. Aber auch wenn eine Kommune nicht kreisfrei ist bzw. die Kreisfreiheit abgibt, bleiben den Kommunen die Probleme der Jugendarbeit erhalten. Kreis und Kommune dürften i.a. unterschiedliche Sichtweisen der Prioritäten haben, sodass es Abstimmungsbedarf gibt. Konsequenter wäre die generelle Ansiedlung der Jugendarbeit bei den Kommunen, mit der entsprechenden Ausstattung.

Die größeren Kommunen müssten ein eigenes Jugendamt haben, finanziell ist ihnen dies aber nicht möglich. Der Kreis beschränkt sich auf das Notwendige, die Jugendhilfe. Es fehlt die aufsuchende Jugendarbeit. In der kommunalen Kriminalitätsverhütung zeigt sich das Problem dann darin, dass der Bereich Jugend in den Kommunen nicht relativ einheitlich als Amt vertreten ist wie etwa der Bereich Ordnung.

Wegen der materiellen und zeitlichen Anspannung vieler Familien, insbesondere der Alleinerziehenden, sind die Kinder und Jugendlichen häufig sich selbst überlassen, ihnen fehlt die hinreichende Zuwendung.

Wichtig wäre überall die Einstellung eines/r Amtsjugendpflegers/in als Ansprechpartner für die Jugendlichen, weil die Kontinuität in der Jugendarbeit eine zentrale Voraussetzung ihrer Wirksamkeit ist. Jede Jugendeinrichtung erfordert fachliche Betreuung. Deshalb würde pro Amt mindestens eine Stelle zur Betreuung der Jugendeinrichtungen benötigt. Sozialarbeiter (für Schulen, Jugendclubs) und Streetworker (für Parks etc.) werden gemäß der Interviews dringend gebraucht.

Die Folgeprobleme - und auch Chancen - der Migration könnten stärker berücksichtigt werden in der Jugendarbeit. Die Akteure der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendhilfe etc. sollten in das Akteursnetzwerk der Prävention einbezogen werden. Sinnvoll wäre die generelle Ansiedlung der Jugendarbeit bei den Kommunen, mit der entsprechenden Ausstattung.

4.6.1 Koordination der Jugendarbeit

Das Landesjugendamt ist der geeignete Koordinator. Über die Konferenz der Jugendamtsleiter kann eine Multiplikatorfunktion wahrgenommen werden. Wenn bei Jugendlichen etwas passiert, geht die Information als erstes an das Jugendamt, sodass dies die zentrale Anlaufstelle ist. Die Jugendhilfe im klassischen Sinne ist gefordert. „Hilfe zur Erziehung“ wird zunehmend benötigt. Die Eltern haben Defizite in der Erziehung, der Staat soll dies an ihrer Stelle machen.

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) regelt die Jugend- und Sozialarbeit und weist den Jugendhilfeausschüssen die Rolle als zentrales Verbindungsglied zwischen kommunaler Jugendhilfepraxis und -politik zu.

4.6.2 Verstetigung der Jugendarbeit:

Wegen des viel geringeren Gewerbesteueraufkommens und der größeren Probleme sind ostdeutsche Kommunen im Hinblick auf die Finanzkraft unter stärkstem Druck. Die Finanzaufweisungen sollten nicht zweckgebunden sein, sondern frei verfügbar. Man sollte keine festen Töpfe einrichten, sondern die Selbstverwaltung fördern.

Weil die Kommunen unter großem Finanzdruck stehen, werden zunächst nur die Pflichtaufgaben wahrgenommen. Da Jugendarbeit keine Pflichtaufgabe ist, wird sie reduziert, dies wird auf die Dauer Schaden anrichten.

Die Mittel der Kommunen dürfen nicht weiter zurückgehen. Die Landesmittel müssten nach einem Schlüssel verteilt werden. Das Landesjugendamt sollte die Prioritäten bei der Mittelvergabe setzen.

Die Jugendarbeit erfordert Kontinuität, man muss weg von Programmen, die dauernd wechseln. ABM und SAM implizieren: immer neue Personen. Am Beispiel von SAM veranschaulicht: Für 1 Jahr eingestellt; $\frac{1}{4}$ Jahr Einarbeitungszeit; $\frac{1}{2}$ Jahr Vertrauen zu Jugendlichen aufbauen; letztes $\frac{1}{4}$ Jahr unter dem Druck, ob die Stelle im nächsten Jahr verlängert wird. D.h. SAM gilt als sehr wenig geeignet für die erforderliche Kontinuität in der Jugendarbeit.

Einige Experten empfehlen ein Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), in dem geregelt wird, dass im kommunalen Haushalt pro festgelegter Einwohnerzahl eine Sozialarbeiterstelle vorzusehen ist. Damit könnte die Kontinuität der Jugendarbeit gewährleistet werden.

4.6.3 610-Stellen-Programm für Jugendarbeit

Das MBS hat ein 610-Stellen-Programm für Jugendpflege auf Amtsebene aufgelegt. Die Finanzierung erfolgte jeweils zu einem Drittel von Land, Kreis und Gemeinde. Das Jugendamt des Landkreises entscheidet gegebenenfalls über Prioritäten. Ein Problem bestand darin, dass das Programm nur bis zum 31.12.2002 lief. Wegen der erforderlichen Kontinuität der Jugendarbeit ist eine stop-and-go-Politik offensichtlich nicht angemessen. Jugendarbeit ist eine Daueraufgabe.

Das 610-Stellen-Programm für Jugendarbeit wird von den Experten für sehr wichtig gehalten zur Betreuung der Jugendlichen bei ihren Problemen. Das Programm sollte nach Ansicht der Experten verlängert und nicht gekürzt werden, was inzwischen auch geschehen ist.

Die finanziellen Spielräume in der Jugendarbeit werden immer enger, da die „Drittelfinanzierung“ zurückgefahren wird (z.Z. der Befragung etwa 21 %).

Mit der Größenordnung kommen die Kommunen gerade noch zurecht. In Potsdam z.B. sind von 65 Stellen in Kinder- und Jugendarbeit 32 aus 610-Stellen-Programm finanziert, d.h. ca. die Hälfte; die aufgebaute Struktur würde ohne diese Stellen zusammenbrechen.

4.6.4 Förderung entbürokratisieren

Es gibt unübersichtlich viele „Fördertöpfe“; dies sollte rationalisiert werden; der Städte- und Gemeindebund sollte dies vorantreiben.

4.6.5 Freizeitangebote für Jugendliche

Vielgestaltige Freizeiteinrichtungen gelten bei vielen Experten als beste Präventionsmaßnahme. Es muss in den Regionen hinreichende Freizeit- und Erlebnisangebote für Jugendliche geben: Sportangebote, Musikangebote, Jugendclubs, Vereine etc. Freizeitpark für Action und Entspannung.

Die ortsansässigen Vereine sind hierbei besonders wichtig, insbesondere die Jugendfeuerwehr und die sportorientierten Angebote. Ferner müssen die Angebote niederschwellig sein, quasi für >Tagesausflügler<.

Jugendliche sollte man nach ihren Freizeitbedürfnissen fragen, um das Richtige anzubieten. Wenn man Jugendlichen auf diese Weise nach ihren Bedürfnissen und Interessen fragt, sind sie auch leicht für diese Aktivitäten zu gewinnen.

4.6.5.1 Jugendclubs

Einen großen Teil der Freizeit verbringen die Jugendlichen mit anderen Jugendlichen, auf dem Land häufig in Jugendclubs. Deshalb wäre die fachliche Betreuung der Jugendclubs eine wichtige Aufgabe.

Die städtischen Jugendclubs, die fachlich betreut werden, funktionieren besser. Die Jugendclubs fernab der Zentren, auf den Dörfern sind stärker gefährdet. In kleinen Gemeinden lassen die Bürgermeister die Jugendclubs zum Teil schließen, wenn sie „Ärger machen“.

Wenn Jugendliche den Jugendclub selbst gestalten können, haben sie auch eine entsprechende Einstellung im Umgang mit den Einrichtungen. Die finanzielle Ausstattung der Jugendclubs ist zum Teil „katastrophal“.

Eine Integrationspolitik gegenüber den verschiedenen Richtungen in einem Jugendclub ist sinnvoll, damit sich die Richtungen nicht verfestigen, eine Entmischung wäre dafür nicht geeignet.

4.6.5.2 Entspannung

Ein Teil der Jugendlichen braucht auch Orte, wo man „einfach nur rumhängen kann“ („Lümmelbänke“ etc.) oder seine Kraft ausprobieren kann („Vandalensichere Anlagen“). Die Schulhöfe z.B. könnte man nachmittags öffnen. Jugendliche sollten man die Schulhöfe selbst gestalten lassen, dann lässt auch der Vandalismus nach.

4.6.5.3 Musik-Events

Da Musik für Jugendliche eine große Rolle spielt, haben sich etwa Rockkonzerte („Rock gegen Jugendgewalt“ etc.) bewährt. Diese können von Jugendlichen selbst mitorganisiert und gestaltet werden.

4.6.5.4 Kontaktmöglichkeiten schaffen

Es ließen sich gemeinsame Jugendclub-Aktivitäten mit Aussiedlerkindern initiieren. Die Streetworker-Arbeit könnte man mit deutschen und z.B. russischen Sprachkenntnissen durchführen. Gemeinsame Ferienlager sind geeignet, um sich ohne Schulstress kennenzulernen.

4.6.6 Anerkennung durch sinnvolle Tätigkeiten

Jugendarbeit, die sich nicht auf Fun und Konsum beschränkt, sondern sinnvolle Tätigkeiten und Mitwirkung fördert, schafft die Möglichkeit von Anerkennung und Selbstbewusstsein. Solche zivilgesellschaftliche Strukturen stärken Milieus, die auf der Basis von Anerkennung und Selbstbewusstsein toleranter sein können.

Den Jugendlichen Eigenverantwortung übertragen: Eine Beteiligung von Jugendlichen an Planung und Ausführung gibt ihnen die Möglichkeit der Anerkennung und Bindung. Jugendliche, die sich anerkannt fühlen und daraus ihr Selbstbewusstsein schöpfen, brauchen keine Abwertung von Fremden, um sich selbst aufzuwerten.

4.6.7 Demokratie- und Toleranzerziehung

„Deshalb liegt der Arbeitsschwerpunkt in der Jugend(sozial)arbeit auf der Prävention, d.h. bei der Vermittlung und Einübung gewaltfreier Konfliktlösungsmöglichkeiten durch eine permanente Demokratie- und Toleranzerziehung zur Stärkung einer demokratischen Kultur bei jungen Menschen.“ (aus: Antrag der Stadt Potsdam zu einem „Lokalen Aktionsplan für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“, 2001).

Die Konfliktfähigkeit sollte eingeübt werden, die Jugendeinrichtungen sind als Schutzräume dafür geeignet. Die Sozialarbeiter sollten bzgl. Demokratie- und Toleranzerziehung weitergebildet werden. Wichtig für die Jugendlichen wären überzeugende Vorbilder, die Demokratie und Toleranz vorleben.

4.6.8 Integration von schwierigen Jugendlichen

Man muss sich auch mit den ganz schwierigen Jugendlichen auseinandersetzen. Um die Probleme zu veranschaulichen. „Zunächst: wer es ist, wo sie sind; persönlich aufsuchen und mit ihnen reden; mit ihnen einzeln; wenn sie nüchtern sind; nicht in Gruppen, das ist schwieriger.“ Desintegrationserfahrungen müssten durch Beratungs- und Hilfsangebote bearbeitet werden (z.B. durch das Jugendrechtshaus in Cottbus). Die Hilfe bei der sozialen Integration dürfte bessere Voraussetzungen für zivilisierte Haltungen schaffen.

Die Jugendlichen sollen gemäß dem Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit dort abgeholt werden, wo sie sich mit ihren Problemen befinden, aber: Die Jugendarbeit muss jederzeit ihr eigenes klares demokratisches Selbstverständnis zum Ausdruck bringen. Diese Arbeit mit den Jugendlichen ist äußerst anspruchsvoll und müsste eine entsprechende gesellschaftliche Anerkennung erfahren.

4.6.9 Ortsbezogene Maßnahmen

Die Jugendclubs sollten von Sozialarbeitern betreut werden. Dies wäre auch ein Beitrag zur Entlastung des Arbeitsmarktes. Nach Dringlichkeit (Antragsverfahren) sollten für die gefährdeten Örtlichkeiten wie Parks, Bahnhöfe etc. Stellen von Streetworkern zur Betreuung eingerichtet werden.

4.6.10 Fazit zur Jugendarbeit

Jugendarbeit allein kann gesamtgesellschaftliche Probleme nicht lösen. Rechtsextremismus ist als ein gesamtgesellschaftliches Problem zu bewerten, das nicht nur als auf Jugendliche beschränkt behandelt werden darf. Dennoch können von der Jugendarbeit wichtige Impulse ausgehen. Es muss in der Jugendarbeit darum gehen, das Maximale der beschränkten Möglichkeiten auszuschöpfen. Die Befragungen legen den Schluss nahe, dass die meisten der untersuchten Kommunen aus finanziellen Gründen hierzu nicht vollständig in der Lage sind. Aufgrund der angespannten Haushaltslage fällt es schwer, eine starke politische Lobby für eine Jugendarbeit zu schaffen, deren Erfolge nur langfristig und so wenig messbar oder sichtbar sind. Aufgrund dieser Restriktionen ist es wichtig, die wenigen Mittel in der Jugendarbeit so effektiv wie möglich einzusetzen. Hierzu gehört zum einen die von den Experten gewünschte Vereinfachung der Verwaltung und Mittelbeschaffung. Zum anderen könnten verstärkte Weiterbildungsmaßnahmen und die Erarbeitung eines gemeinsamen Konzepts mit konkreten Hilfestellungen möglicherweise einen Beitrag leisten. Ein Konzept der Jugendarbeit sollte sich dabei realistisch an den existierenden finanziellen und personellen Rahmenbedingungen der Brandenburger Kommunen orientieren. Die Voraussetzungen der akzeptierenden Jugendarbeit, die unter anderem in den oben genannten Thesen des Landesjugendhilfeausschusses

angemahnt werden, sind kritisch mit den tatsächlichen Bedingungen der Jugendarbeit in den Kommunen gegenzuprüfen. Es besteht sonst die Gefahr, dass Angebote für rechtsextreme Jugendliche, die unter dem Label der akzeptierenden Jugendarbeit laufen, lediglich dem Rechtsextremismus Raum verschaffen und damit der Präventionsarbeit kontraproduktiv entgegenwirken. Es muss darum gehen, den Jugendlichen attraktive Angebote zu bieten, statt sie den populistischen Vereinfachern und das Größenselbst der Jugendlichen in schmeichelnder Absicht vergrößernden Seelenfängern des Rechtsextremismus zu überlassen. Dies lässt sich konstruktiv durch die Förderung der Vereinsarbeit (Jugendfeuerwehr, Sportvereine etc.) oder anderer Jugendszenen (derzeit vor allem die Hip Hop- und Skaterszene) ausfüllen. Bewährt scheint in diesem Zusammenhang auch die Koppelung der tagtäglichen Jugendarbeit mit speziellen Aktionen, die Begegnungen zwischen Jugendlichen und „Fremden“ – sei es als Mitglieder anderer Jugendszenen oder anderer Kulturkreise – fördern.

4.7 Stärkung der Zivilgesellschaft

Die Gesellschaft hat auch eine eigene Verantwortung, die sich aber staatlich fördern lässt. Der „Gewährleistungsstaat“ wird gemäß Frank Nullmeier einerseits von der Zivilgesellschaft entlastet, andererseits verbleiben ihm die Aufgaben der Regulierung: Der Staat kann Initiativen anstoßen, unterstützen, Spielregeln formulieren und durchsetzen, den Umfang sowie die Kontinuität des Engagements beeinflussen etc.

Insbesondere im ländlichen Raum kann die Meinung der bisher „schweigenden Mehrheit“ Normen durchsetzen helfen. Die „Ächtung“/kritische Reaktion der Gemeinden hat einen Einfluss auf die Jugendlichen.

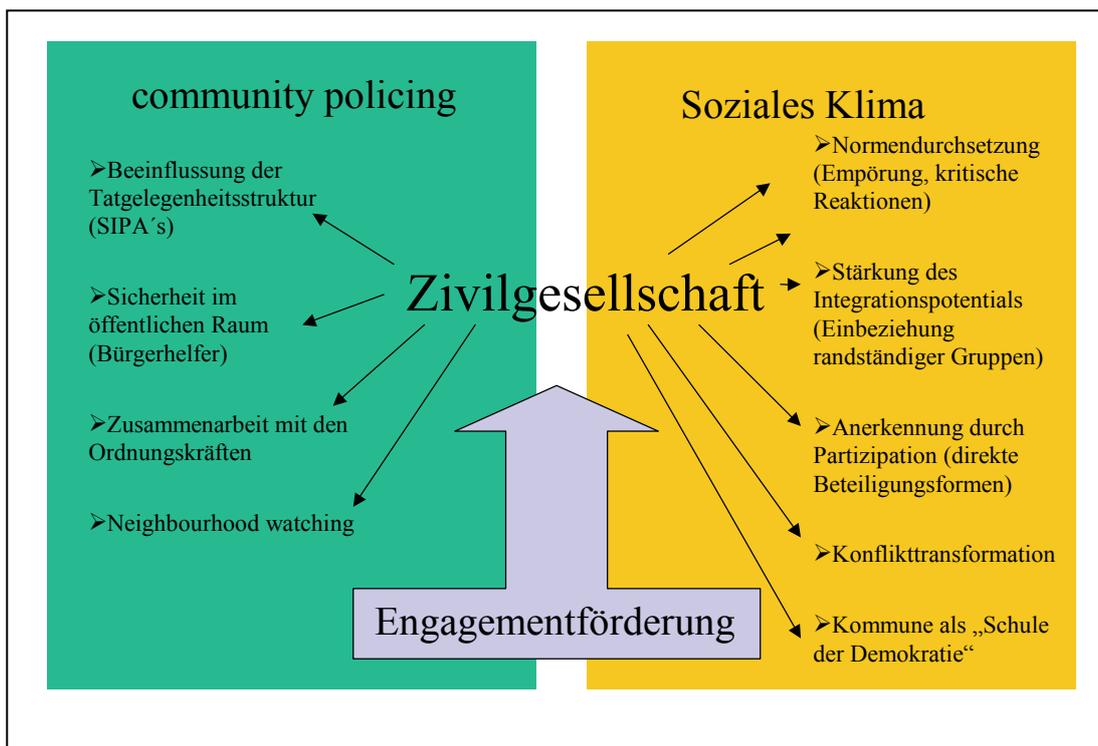
Gerade im Bereich der Kriminalprävention sind die Kommunen auf das aktive Engagement ihrer Bürger angewiesen. Die Aktivierung der Bürger kann sich einerseits auf den Schutz von Privateigentum und die Sicherung des öffentlichen Raumes richten. Maßnahmen in diesem Bereich sind bekannt als „community policing“ oder „neighbourhood watch“⁶ und fanden im Land Brandenburg ihre konkrete Umsetzung in den Sicherheitspartnern (SIPA's) oder in den Bürgerhelfern. Diese Form des bürgerschaftlichen Engagements orientiert sich an den klassischen kriminalpräventiven Handlungsfeldern wie der „Verhinderung von Eigentumsdelikten“ und der „Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum“. Im Verhältnis zu den staatlichen Ordnungsorganen nehmen die Bürger

⁶ Zur demokratietheoretischen Diskussion dieser Konzepte siehe Günter Stummvoll, *Demokratietheoretische Aspekte der Kriminalprävention. Demokratisierung der Kriminalprävention in der Zivilgesellschaft*, Juni 2000, URL: <http://mailbox.univie.ac.at/haimo.1.handl/zivilg/stummvoll.pdf> (04.02.2003).

nach dem Modell des „community policing“ eine assistierende und ergänzende Funktion wahr.⁷ Bildhaft gesprochen sollen sie „Augen und Ohren“ der Polizei sei.

Geht man von einem umfassenderen Präventionsbegriff aus, der das soziokulturelle Klima einer Kommune als Randbedingung für lokale Gewalt-, Konflikt- und Integrationspotentiale mit einschließt, kann eine aktivierte Zivilgesellschaft weit mehr beitragen als die Übernahme quasi-polizeilicher Aufgaben.

Wirkungsweise der Zivilgesellschaft im kriminalpräventiven Handlungsfeld



Gewalt gegen Fremde, Andersdenkende und sozial Schwache sind Normverstöße, die die Grundlagen eines demokratisch verfassten Gemeinwesens essentiell infrage stellen. Werden Vorfälle dieser Art von den Bürgern „geächtet“, gibt es eindeutige kritische Reaktionen oder gar Formen der Skandalisierung, wird den Tätern und ihren Sympathisanten der Normverstoß verdeutlicht. Eine „schweigende Mehrheit“ kann von den Tätern auch als latente Zustimmung gewertet werden. Aufgabe der Politik muss es sein, zivilgesellschaftliches Engagement, das sich für die Durchsetzung demokratische Normen einsetzt, zu fördern und ihre Position im Gemeinwesen zu stärken. Eine Isolierung demokratisch engagierter Gruppen hätte fatale Folgen für das Gemeinwesen. Gewaltbereite Gruppe könnten dies als eine Aufforderung verstehen, ihr destruktives Handeln gegen engagierte Einzelpersonen und zivilgesellschaftliche Initiativen zu richten.

⁷ Auf Auswüchse wie dem „social empowerment“ soll an dieser Stelle nicht eingegangen werden.

Jenseits der Grenzsetzung zwischen Recht und Unrecht kann zivilgesellschaftliches Engagement auch andere Aspekte des sozialen Klimas positiv beeinflussen.

Hervorzuheben ist vor allem die sozialintegrative Leistung einer aktivierten Zivilgesellschaft: Wesenszug einer aktivierten Zivilgesellschaft ist ihr partizipatorischer Charakter. Vielerorts wurden bereits Strukturen in unterschiedlichen sozialen Kontexten geschaffen, in die sich der Bürger in seiner „Rolle als Mitentscheider sowie Mitgestalter und Mitarbeiter“⁸ einbringen kann. Zu diesen neuen Beteiligungsmodellen gehören u.a. Planungszellen, mehrstufige dialogische Verfahren und Mediation.⁹ Diese Beteiligungsformen sollten inklusiv sein, also konsequent für alle sozialen Gruppen offen, bzw. alle Gruppen sollten zur Beteiligung ermutigt werden. Ein breites Teilnehmerspektrum würde sicherstellen, dass keine Gruppe marginalisiert wird. Sollten sich die Strukturen als exklusiv erweisen (z.B. Mittelschicht-Bias, Ingroup-Bias etc.), dann sollte die Politik gegensteuern und die Teilnahmevoraussetzungen unterrepräsentierter Gruppen stärken. Inklusive Strukturen ermöglichen ethnischen Gruppen, Aussiedlern und anderen durch Desintegration gefährdeten Gruppen, an den öffentlichen Angelegenheiten der Kommune teilzuhaben. Sie können ihre Belange vortragen, statt sich resignativ zurückzuziehen. In dem Ausmaß wie sich den genannten Gruppen Partizipationschancen eröffnen, wächst auch die Identifikation dieser Gruppen mit dem Gemeinwesen. Auch können innerhalb solcher Strukturen bestehende Konflikte (etwa zwischen der Aufnahmekommune und Aussiedlern bzw. Asylbewerbern) so transformiert werden, dass sie in wechselseitigem Respekt und mit Achtung ausgetragen werden¹⁰ und sich so die Chancen für tragfähige und akzeptable Kompromisse erhöhen.

Innerhalb einer aktivierten Zivilgesellschaft sollten demnach die Potentiale für eine „kommunikativ-interaktive Sozialintegration“¹¹ eher größer und der Gefährdungsgrad potentieller Opfergruppe, der sich aus ihrer Randständigkeit ergibt, eher geringer sein.

Gerade vor dem Hintergrund einer Transformationsgesellschaft, deren bürgerschaftliche Potentiale sich noch entwickeln, muss der Staat zivilgesellschaftliches Engagement fördern. Im Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ sind dafür eine Reihe von Instrumenten enthalten (Ausländerbeauftragte, Mobile Beratungsteams, Beratungssystem Schule, Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen). Diese Instrumente sollten gepflegt und ausgebaut werden.

⁸Annette Zimmer, Voraussetzungen und Chancen für Bürgerschaftliches Engagement in der modernen Gesellschaft, URL: http://212.65.122/Hauptversammlung2000/Dokumente/Rede_Zimmer.doc, S. 1.

⁹Siehe Wolfgang Gessenharter, Warum neue Beteiligungsmodelle auf kommunaler Ebene? Kommunalpolitik zwischen Globalisierung und Demokratisierung, in APuZ B50/96, S. 3-13.

¹⁰Zur Idee der Konfliktbearbeitung durch Konflikttransformation siehe grundlegend: Johan Galtung: Frieden mit friedlichen Mitteln, Opladen 1998.

¹¹Anhut, a.a.O., S. 49.

4.7.1 Initiativen

Die kommunalen und regionalen Initiativen für Demokratie und gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt sollten bei ihrem weiteren Ausbau und bei ihrer Vernetzung unterstützt werden. Kulturelle Aktivitäten könnten die Kommunikation mit anderen Kulturen fördern und dadurch Vorurteile abbauen.

Es ließen sich Telefonketten bilden für das Melden von Vorfällen, Zivilcourage ist gefragt. Die Aktion Noteingang ließe sich verbreiten, indem die Rathäuser, Kirchen etc. vorangehen. Besonders effektiv ist es, bereits bestehende Eigeninitiativen zu unterstützen.

Wo der Problemdruck groß ist, sich aber noch keine Eigeninitiativen gegründet hat, kann man ihre Entstehung auch von außen, z.B. durch den Landespräventionsrat unterstützen.

4.7.2 Kirchen, Vereine etc.

Über die reinen Wettbewerbsgesichtspunkte hinaus (IT-Fachkräfte aus dem Ausland sind von der Wirtschaft erwünscht; Asylbewerber verursachen dem Sozialstaat Kosten; nützen vs belasten; etc.) vertreten Kirchen, Vereine und Ehrenamtliche weitergehende Ziele, welche die Gemeinschaftswerte der Gesellschaft stärken: Die Kirchen etwa im Namen der Barmherzigkeit, andere aufgrund der halb katholischen, halb sozialistischen Idee der Solidarität. Solche Aktivitäten, die zur Befriedung, zu Maß und Ausgleich beitragen, sollten staatlich stärker unterstützt werden.

Die Integration in Vereine ist insbesondere wegen der nachlassenden Bedeutung der traditionellen Bindungen wichtig für die Jugendlichen; eine besondere Bedeutung kommt dabei der Jugendfeuerwehr und den Sportvereinen zu, die es flächendeckend gibt. Die Freiwillige Feuerwehr ist häufig sehr geeignet für die soziale Integration und Kontrolle von Heranwachsenden. Die Jugendlichen können hier für ihre Beiträge Anerkennung erfahren.

4.7.3 Beteiligung der Jugendlichen

Über verschiedene Formen der Mitsprache und Mitwirkung sollten die Jugendlichen sich einbringen können in die Bearbeitung und Gestaltung ihrer Anliegen. Mögliche Formen wären etwa: Jugendparlament, z.B. in der Form von sachkundigen Bürgern; Jugendverantwortliche/-sprecher beim Bürgermeister oder Amtsausschuss etc., direkte oder indirekte Vertretung in der KKV.

Die Jugendlichen selbst müssen also insgesamt noch stärker einbezogen werden: um in der Kommune die richtigen Freizeitangebote für Jugendliche anbieten zu können, müssen die Jugendlichen selbst stärker ihre Bedürfnisse formulieren können und die Umsetzung mitgestalten.

4.8 Politik und Verwaltung

Wie auch andere Politiken entspringt die Präventionspolitik nicht dem Handeln eines hierarchisch integrierten Verwaltungsstaates, sondern wird erst im Zusammenspiel mehrerer politisch-administrativen Akteure, die über beträchtliche autonome Handlungskompetenzen verfügen, formuliert und umgesetzt.

Auf der kommunalen Ebene zeigte sich, dass je nach Problemkonstellationen für die adäquate Problembearbeitung eine kritische Größe an Verwaltungskompetenz für die KKV aktiviert und koordiniert werden muss. Für weniger komplexe Problemkonstellationen (Alltagskriminalität, Verkehrssicherungsmaßnahmen, Durchführung und Überwachung von Veranstaltungen) sind dies zunächst die Kompetenzen der lokalen Ordnungskräfte, also der Polizei in ihrer regionalen Gliederung der Schutzbereiche und Wachen sowie die kommunalen Ordnungsämter. Grundlage einer solchen Austauschbeziehung ist neben der gemeinsamen Verständigung über gefährliche Verkehrslagen vor allem auch ein Austausch zum kriminalen Lagebild.

Mit zunehmender Komplexität der Problemlagen sollten weitere Kompetenzen hinzutreten.

Da Gewalttaten überproportional durch Jugendliche begangen werden, sollte auch die Jugendkompetenz hinzugezogen werden. Vertreter der Jugendämter und Schulen, Jugendkлубleiter und Amtsjugendpfleger könnten wichtige Informationen über gewaltbereite Jugendmilieus, extremistische Gruppen (z.B. Kameradschaften, Skinheads) und ihre Sympathisantenszenen liefern und somit das polizeiliche Lagebild ergänzen. Weil viele der Jugendlichen sich in Schule und Ausbildung befinden und die kommunalen Freizeitstätten nutzen, sind sie dort auch noch zu erreichen. Präventionsstrategien sollten daher an Schule, Ausbildung und Freizeit anknüpfen und zwischen den Verantwortlichen abgestimmt werden.

In vielen kleinen Kommunen wird für eine adäquate Problembearbeitung der hinreichende Umfang an Jugendkompetenz nicht erreicht. In einem solchen Fall sollten die Kommunen verstärkt auf die überkommunalen Jugendkompetenzen zurückgreifen, wie sie z.B. bei den Landkreisen oder bei Einrichtungen wie den Mobilien Beratungsteams anzutreffen sind.

Die Rolle der Politik ist eine grundsätzlich programmatische und eine legitimierende. In vielen Orten sind es gerade die Bürgermeister und Stadtverordneten, die maßgeblich zur Formulierung eines präventiven Leitbildes in den Kommunen beigetragen haben und dieses Leitbild nach außen progressiv vertreten. Zudem sind die politisch vorgegebenen Leitbilder und Beschlüsse vielerorts Arbeitsgrundlage für das KKV-Gremium.

4.8.1 Ordnungskräfte

Polizei, Richter, Jugendstrafrechtspflege etc. müssen aus Sicht der Bürger weiter konsequent oder noch konsequenter handeln. Es muss deutlich gemacht werden, dass Täter sich durch ihre Tat selbst aus der Mehrheitsgesellschaft ausgrenzen. Die Präsenz der Polizei auf den Straßen ist erwünscht („Grün auf die Straßen“). Die Präsenz der Polizei hat nach Ansicht der Experten einen großen Effekt. Der ABV (Abschnittsbevollmächtigte) aus DDR-Zeiten wird vermisst, ein Kontaktpolizist gilt als erwünscht. Die Rechtsprechung relativiert nach Ansicht vieler Experten oft die Arbeit der Polizei.

4.9 Wirkung bisheriger Maßnahmen

Die vom Land Brandenburg mit initiierten Beratungsstellen RAA, MBT stoßen offensichtlich auf einen vorhandenen Bedarf und werden fast ausnahmslos gut eingeschätzt. Einen sehr großen Informationsbedarf hierzu scheint es auch in den Verwaltungen und in der Bevölkerung zu geben.

4.9.1 RAA/BIT

Die RAA`s (Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Schule und Jugendarbeit Brandenburg e.V.) unterstützen durch Aufklärung und Weiterbildung, sie leisten erfolgreiche Arbeit. Z.B. Unterrichtsbausteine gegen Rechtsextremismus sind von den RAA`s entwickelt worden.

Büros für Integration und Toleranz (BIT`s)

Seit 2003 arbeiten die bisherigen RAA`s mit den Regionalbüros der Mobilien Beratungsteams (MBT`s) in Anlehnung an die sechs Schulamtsregionen unter dem Dach von sechs Büros für Integration und Toleranz (BIT`s) zusammen. Die Büros kooperieren mit den kommunalen Ausländerbeauftragten, dem Beratungsnetzwerk Schule und den lokalen Initiativen und Koordinatoren gegen Rechtsextremismus und Gewalt. Durch diese organisatorische Straffung soll das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ noch effizienter umgesetzt werden.

4.9.2 Mobile Beratungsteams

Die mobilen Beratungsteams leisten erfolgreiche Arbeit in Beratung und Umsetzung. Die Moderation durch Unabhängige ist sinnvoll. Die MBT`s sollten an die rechten Jugendlichen herantreten, das Gespräch suchen, dies wäre hilfreich.

Die Information über ihr Leistungsangebot sollte den Kommunen allgemein zugänglich gemacht werden.

4.9.1 Koordinatoren gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt

Die Koordinatoren bilden eine sinnvolle Ergänzung zur KKV, da sie Beziehungen zu den verschiedenen Initiativen, Vereinen etc. pflegen. Man könnte die Koordinatoren von Stadtverordneten wählen lassen. Dann gibt es dadurch ein Mandat und eine Rechenschaftspflicht. Die Koordinatoren sollten zur KKV eingeladen werden, je nach TOP sollte dies flexibel gehandhabt werden.

4.9.4 MEGA:

Als mobile Einsatzeinheit gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit übernimmt die MEGA die Personenfeststellung. Sie sagt der TOMEK (s.u.), welche Personen besonders betreungsbedürftig sind. Aus Sicht der Befragten hat sich die MEGA bewährt. Sie schafft die polizeiliche Präsenz, die erforderlich ist. Sie wird als sinnvolle Einrichtung eingeschätzt. Das Personal gilt als gut geschult. Sie deeskalieren, insbesondere über Gespräche. Sie machen das Leben sicherer. Wenn man Hilfe braucht, sind sie da, ihr Beitrag wird als sehr gut bewertet.

Sie sollten mit den örtlichen Stellen immer intensiv kooperieren.

4.9.5 TOMEK

Die „Täterorientierte Maßnahmen gegen extremistische Gewalt“ richten sich auf die besondere Betreuung der Intensivtäter. Sie leisten seit März 2001 ausgezeichnete Arbeit.

4.10 Prävention, Präventionsgremien und die Vernetzung mit der Zivilgesellschaft

Gesetzliche Grundlagen und Erlasse zur Prävention

Gemäß dem Erlass vom 31.08.1992 des Innenministeriums ist Prävention Bürgermeisterpflicht. Es wurden Sicherheitspartnerschaften mit den dazugehörigen Einwohnerversammlungen zur Sicherheit angeregt. Der Erlass des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg vom 11.10.1995 zur Kommunalen Kriminalitätsverhütung (KKV) entwickelte diese Rahmenbedingungen weiter.

KKV und Präventionsrat

Die Gremien der kommunalen Kriminalitätsverhütung (KKV) sind für die allgemeine Kriminalitätsverhütung zuständig, d.h. wer sich beruflich mit Ordnung beschäftigt. Der Präventionsrat behandelt eher Themen wie Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Jugendgewalt. (Da aber die meisten Kommunen diese Begriffe austauschbar verwenden, wird dies im Folgenden auch so gehandhabt.)

Zur Arbeit der Kommunalen Kriminalitätsverhütung (KKV)

Gemäß KKV-Erlass von 1995 bietet die Polizei der Kommunalverwaltung die Zusammenarbeit in örtlichen KKV-Kommissionen an, wobei die Federführung grundsätzlich in kommunaler Hand liegen soll.

Zur Umsetzung des KKV-Erlasses

Die erfolgreiche Umsetzung des Erlasses ist sehr voraussetzungsvoll:

In einem ersten Schritt könnte die Polizei ein örtliches Lagebild erstellen. Um ein Beispiel zu nennen: Das Polizeipräsidium in Oranienburg erstellte ein Präventionslagebild für die Stadt X, weil diese Stadt überproportional belastet ist von Kriminalität. Die Polizei bietet dem Bürgermeister und der Verwaltung die Kooperation an, aber es ist möglich, dass die Verwaltung die KKV für alleinige Aufgabe der Polizei hält. Wenn die Verwaltung ihre Zuständigkeit wahrnimmt, befasst sich häufig das Ordnungsamt mit dem Problem. Da die betrachteten Gewalttaten überproportional von Jugendlichen begangen werden, wäre es sinnvoll, dass mindestens Polizei, Ordnungsamt und Jugendamt sich an einen Tisch setzen. Ein zentraler Punkt besteht darin, die Kompetenzen von Ordnungsamt und Jugendamt zusammen zu führen, was nicht immer der Fall ist. Da die Jugendlichen sich in Schule und Ausbildung befinden, sind sie über Schule und Ausbildung auch noch zu erreichen. Deshalb wäre auch die Zusammenarbeit mit den Lehrern hilfreich, was nicht an der Zuständigkeit der Kreise für die Schulen scheitern sollte. Auch die Leiter der Jugendzentren wären hilfreiche Teilnehmer.

Um die KKV besonders effizient durchzuführen, könnte man von den Regionalanalysen der Kreise und Kommunen auf der Basis der PKS ausgehen, um die besonders belasteten Kreise und Kommunen zu ermitteln. Bei diesen regionalen Einheiten sollte man vorrangig ansetzen und eine kontinuierliche Arbeit anstreben.

Als Gesichtspunkt der Regionalanalysen könnte man z.B. systematisch berücksichtigen: Integrationsprobleme und Anlässe der Gewalt, Vorfälle und Reaktionen, Jugendsubkulturen, Freizeit und Jugendarbeit etc.

4.10.3 *Kommunale Ebene richtig*

Die kommunale Ebene wird allgemein als richtig für die Prävention angesehen. „Man sollte den Kommunen zweckgebunden Mittel zuweisen, ohne Bürokratie; den Kommunen darf man zutrauen, dass sie selbst am besten wissen, was vor Ort Priorität hat“;

In einigen Orten gibt es ein gewisses Unbehagen gegenüber den 'von oben' verordneten KKV. Zum Teil gibt es bereits funktional äquivalente Gremien und/ oder die selben Personen sind in verschiedenen Gremien mit denselben Themen befasst (Problem: Vermeidung paralleler Aktivitäten).

Die Vorteile (Chancen) der KKV-Gremien

Der Netzwerkcharakter, schnelle - auf örtliche Bedingungen abgestellte – Reaktionsmöglichkeiten, wird dort zunichte gemacht, wo die KKV auf langwierige bürokratische Verfahren angewiesen ist. Immer wieder werden die bürokratischen Hürden und die Aufwändigkeit von Antragsverfahren genannt, die Ressourcen wie Zeit, aber auch vorhandenes Engagement verbrauchen. Hier wäre u.U. auch ein „Feuerwehrtopf“ für rasche Aktivitäten in Erwägung zu ziehen.

4.10.1.1 Abhängigkeit vom Engagement Einzelner

Die Qualität der Arbeit ist stark abhängig von dem Engagement einzelner Personen. Den Engagierten sollte man Mittel zuweisen, nicht denjenigen, die man dazu verpflichten muss. Prävention geht nicht ohne Geld, das Geld sollte man den Engagierten zweckgebunden, aber frei verfügbar zuweisen. Man sollte vertrauen auf deren Kenntnisse vor Ort, wobei die Arbeit natürlich berichtspflichtig ist.

4.10.1.2 Einbeziehung der Bevölkerung

Das Einbeziehen der Bevölkerung wird für am wichtigsten gehalten. Dazu könnten Stadtteilkonferenzen initiiert werden, um den Bürgern Gelegenheit zur Kritik, zur Problemformulierung und zur Beteiligung an der Lösung zu geben.

4.10.1.3 Anlass und Durchführung

Das Präventionsgremium wurde i.a. erst wegen des Erlasses eingerichtet. Zentral für die Durchführung ist ein in der Regel vierteljährlicher Lagebericht der Polizei, der die Grundlage des Expertengesprächs bildet. Die KKV-Kommissionen erwarten vom Polizeipräsidium monatliche bis vierteljährliche (Kriminalitäts- und Gefährdungs-) Lagebilder, was nicht überall realisiert ist.

4.10.2 Aufgabe: Koordinierung

Der Kern der KKV ist der Informationsaustausch und Kooperation von Politik, Verwaltung, Polizei etc. Der Präventionsrat muss die Koordinierung leisten. Der Präventionsrat sollte entscheiden über die Einzelprojekte, die unterstützt werden sollen.

4.10.3 Personenkreis

Der Personenkreis, der für das Präventionsgremium besonders naheliegend ist, sind die Bürgermeister und Amtsdirektoren (in Federführung), Leiter des Ordnungsamtes, Leiter des Jugendamtes, die Leiter von Jugendclubs, die Polizei etc. (Auf Kreisebene entsprechend der Landrat und seine Mitarbeiter.) Manchmal stellt es sich so dar, als ob die Verwaltung einer Kommune den KKV-Erlass als Angelegenheit allein der Polizei ansieht. Auch die Sozialausschüsse wären einschlägig (bzw. Amtsausschüsse bei kleineren Gemeinden).

4.10.3.1 Ressorts Ordnung und Jugend

Gewalttätigkeiten finden sich überproportional bei Jugendlichen und Heranwachsenden. Deshalb sind die Ressorts Ordnung und Sicherheit einerseits, sowie Jugend andererseits für die Problematik einschlägig. Oft wird die Jugendarbeit im Ordnungsamt nur verwaltet. Dass die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt funktioniert, ist wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Prävention. Bei Beteiligung des Jugendamtes könnte man schon früher etwas tun. Wenn das Ordnungsamt zuständig wird, ist es oft schon zu spät.

Es wäre sinnvoll, diese beiden Kompetenzen jeweils in ein Präventionsgremien einzubringen, was bisher noch nicht überall der Fall ist.

4.10.3.2 Kooperation von KKV's und Schulen wäre sinnvoll

Da ein erheblicher Teil der Jugendgewalt nicht von Arbeitslosen, Obdachlosen oder sonstigen Modernisierungsverlierern ausgeht, sondern auch nach Einschätzungen der KKV's von Schülern, Auszubildenden etc., sind diese über Schulen und Ausbildungsstätten durchaus noch erreichbar. Um diese Potentiale auszuschöpfen, wird eine Intensivierung der Zusammenarbeit der KKV's mit den für Schulen zuständigen Institutionen und Beratungsnetzwerken empfohlen.

4.10.3.3 Präventionsbeauftragte/ sachkundige Bürger

Es gibt einen Ausschuss, der für Ordnung und Sicherheit zuständig ist und diese Fragen behandeln kann. Es könnten ferner ehrenamtliche Präventionsbeauftragte gewählt werden.

4.10.3.4 Einbeziehung möglicher Opfergruppen

Bewährt hat sich die Einbeziehung möglicher Opfergruppen in die Arbeit der KKV.

4.10.3 Bei den besonders belasteten Gemeinden beginnen.

Die Prävention könnte vorrangig bei den besonders belasteten Gemeinden beginnen. In den Schwerpunkten des Bedarfs, der sich aus den Kriminalitätsstatistiken und Lageberichten der Polizei ergibt, wäre eine konzentrierte und kontinuierliche Arbeit angemessen.

4.10.4.1 Initiierung weiterer KKV-Gremien

In den besonders belasteten Kommunen, in denen es noch keine KKV gibt, ließe sich eine Kommission initiieren, indem die Polizei einen Lagebericht vorlegt und mit Unterstützung des Landespräventionsrates die kommunale Verwaltung um die Einladung zu einem Expertengespräch zur Eröffnung einer KKV-Kommission bittet.

4.10.4.2 Problemverlagerung in das ländliche Umfeld?

Nach Einschätzung einiger Experten ist derzeit eine graduelle Verschiebung der Probleme aus den Städten in das ländliche Umfeld und in die kleineren Orte festzustellen. U.U. ist diese eine Reaktion auf erfolgte präventive und repressive Maßnahmen.

Falls es zutrifft, dass sich die Probleme (von den größten Städten weg) in kleinere Städte und ländliche Gebiete verlagern, sollten auch die betroffenen Kommunen von dem in den größeren Städten aufgebauten Sachverstand und den dort bereits gemachten Erfahrungen profitieren. D.h. es muss Austausch geben, wichtig ist aber auch, dass die Städte in ihrem Engagement nicht nachlassen. Vernetzte Aktivitäten von KKV, Kreisen, Polizei, Schulen etc. dürften besonders effizient sein.

4.10.5 Die Arbeit der KKV-Gremien muss vom Landespräventionsrat unterstützt werden.

Die Kreise und Kommunen müssen mit ihrem begrenzten Personal arbeiten und erwarten deshalb auch Unterstützung durch den Landespräventionsrat, einerseits in Form von Konzepten, Veranstaltungen und Handreichungen zur Information und problembezogenen Weiterbildung, andererseits in Form der Zuweisung von Ressourcen bzw. Information über die Möglichkeiten, Ressourcen für das Problem unbürokratisch zu erhalten, wobei die Kenntnisse für den zielgenauen Einsatz in den Kommunen vorhanden sind und genutzt werden sollten. Einerseits wird die Selbstverwaltung der Kommunen betont, andererseits ist die Beratung und Unterstützung aber durchaus willkommen.

Es besteht Bedarf an weiteren Anregungen für die Arbeit. Dafür wäre eine Handreichung mit Beispielen erfolgreicher Projekte und Maßnahmen sinnvoll.

Um die Dienstwege zu verkürzen, könnte die Geschäftsstelle des Landespräventionsrates den Erfahrungsaustausch der Kommunen über ein Informationssystem initiieren und betreuen. Ansprechpartner für bestimmte Probleme sollten genannt werden, Informationen über Programme und Erfahrungen, Literaturquellen etc. Der Aufbau eines Informationssystems der Geschäftsstelle wird von den Experten prioritär befürwortet.

Ein neuer Impuls vom Landespräventionsrat für die Arbeit der KKV-Gremien wäre hilfreich.

Dabei könnte man anknüpfen an die Erfahrung mit einer zentralen Präventionsveranstaltung in Potsdam, die sehr gut bewertet wird. Etwa einmal pro Jahr wird der Erfahrungsaustausch durch eine zentrale Veranstaltung gewünscht.

Die Prävention sollte durch Anerkennung der erfolgreichen Beispiele aufgewertet werden, was z. B. in einem periodischen Informationsblatt geleistet werden könnte und durch regelmäßige zentrale Veranstaltungen zum Erfahrungsaustausch. Die Qualität der Prävention sollte zu einem Standortfaktor der Kommunen werden.

4.10.6 Der Erfahrungsaustausch auf Kreisebene wäre sinnvoll.

Die vier kreisfreien Städte und die Landkreise haben ähnliche Probleme. Manche Probleme müssen von den Städten zusammen mit ihrem Umland bearbeitet werden.

Auf der Ebene der jetzt 15 (früher 21) Schutzbereiche werden als neue Maßnahme des Sicherheitsmanagements personelle Ressourcen der Polizei für die Prävention eingesetzt, wodurch die Kreise und Kommunen unterstützt werden können. Ein Erfahrungsaustausch der Kommunen auf Kreisebene könnte systematisch initiiert werden.

Auf Kreisebene gibt es also jetzt flächendeckend Präventionsbeauftragte, die sich auch konzeptionell mit den Problemen beschäftigen, die Austauschbeziehungen mit den KKV pflegen und so auch Einfluss auf die Sicht und Interpretation der Phänomene vor Ort haben. Ein Interesse an gegenseitiger Information und Austausch existiert sowohl auf Kreisebene als auch auf kommunaler Ebene.

Um die Wege vor Ort zu verkürzen, wäre der Erfahrungsaustausch der Kommunen auf Kreisebene sinnvoll, was vom Landespräventionsrat angeregt werden könnte. Dabei ließen sich auch die Beratungsnetzwerke Schule der Kreise einbeziehen. Es ließe sich ein Jugendpräventionsrat der Kreise und kreisfreien Städte bilden, wobei das Jugendamt die Federführung haben könnte.

4.10.7 Kommunale und überkommunale Vernetzung im Rahmen des Handlungskonzepts Tolerantes Brandenburg

Zu den gewaltpräventiven Interventionsstrategien der brandenburgischen Landesregierung gehören u.a. Maßnahmen und Konzepte, die auf lokaler Ebene die Handlungsfähigkeit zivilgesellschaftlicher und politisch-administrativer Akteure durch *Netzwerkbildung* steigern sollen. So etwa der Erlass des Innenministeriums vom 11.10.95 zur Kommunalen Kriminalitätsverhütung (KKV), dem gemäß die Polizei der Kommunalverwaltung die Zusammenarbeit in örtlichen KKV-Gremien anbietet. Ebenso zu erwähnen ist der Kabinettsbeschluss vom Juni 1998 „Für ein tolerantes Brandenburg – gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“, nach dem die kommunalen zivilgesellschaftlichen Kräfte durch abrufbare Beratungsangebote gestärkt werden sollen.¹² Auch zu nennen ist die Initiierung eines Koordinatorenkonzepts zur „Förderung der Zusammenarbeit der Bürger und lokalen Initiativen mit der Kommunalverwaltung“¹³ im Herbst 2000 durch die Koordinierungsstelle des Landesprogramms „Tolerantes Brandenburg“ im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, der Geschäftsstelle des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und durch andere Beteiligte.

Kommunale Vernetzung

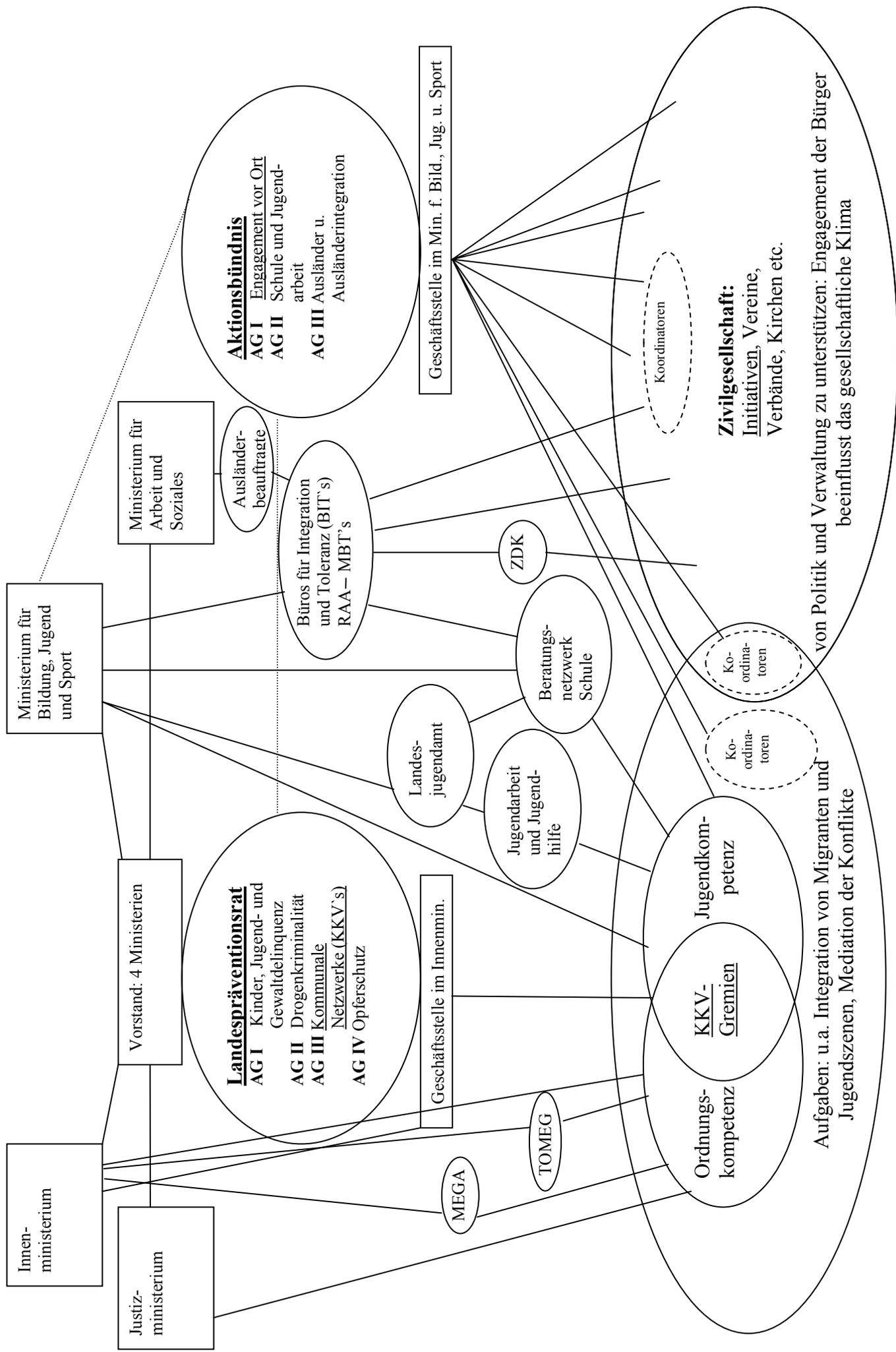
In der lokalen Praxis führten diese Beschlüsse und Maßnahmen zu Netzwerkbildungen mit unterschiedlichem Komplexitätsgrad. In weniger belasteten Kommunen beschränkt sich die Netzwerkbildung oftmals auf eine dyadische Austauschbeziehung zwischen dem kommunalen Ordnungsamt und der Polizei. In Kommunen mit komplexen Problemkonstellationen (Jugendgewalt und Fremdenfeindlichkeit) werden in das KKV-Gremium zusätzliche Verwaltungskompetenzen eingebunden, wobei die Jugendkompetenzen oft an erster Stellen stehen. Da die Jugendarbeit nicht in die originäre Zuständigkeit der nicht-kreisfreien Kommunen fällt, sind insbesondere in ländlichen Kontexten Experten der kommunalen Jugendkultur nicht überall verfügbar. In diesem Fall sollten diese Kompetenzen stärker als bisher durch überkommunale Vernetzungsstrategien eingeworben werden – sei es über die Nutzung der Beratungsangebote des „Toleranten Brandenburg“ oder durch die Kooperation mit den Kreisjugendämtern.

Im zivilgesellschaftlichen Sektor sind in den letzten Jahren eine Reihe von lokalen Initiativen und Netzwerken entstanden, die sich gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt sowie für die Durchsetzung demokratischer Normen einsetzen und somit positiv das soziale Alltagsklima in den Kommunen beeinflussen.

¹² Bericht der Landesregierung. Entwicklungstendenzen bei der Umsetzung des Handlungskonzepts Tolerantes Brandenburg im kommunalen Raum – lokale Netzwerke und Initiativen. S. 4 f.

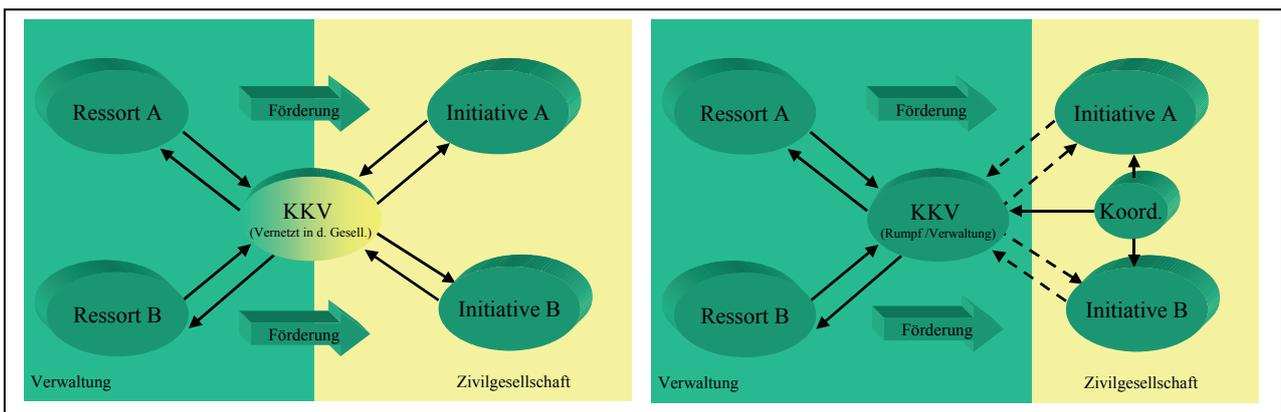
¹³ Siehe S. 38.

Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung



Die Kooperationsbereitschaft der Initiativen mit den Verwaltungsakteuren wird gemäß der Befragung der Initiativen deutlich gefördert, wenn das KKV-Gremium in die örtliche Zivilgesellschaft vernetzt ist, d.h. sich nicht auf die Koordination der verschiedenen Verwaltungskompetenzen beschränkt. Defizite im letzteren Fall können allerdings durch einen Koordinator gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt ausgeglichen werden, d.h. ein Koordinator kann als funktionales Äquivalent zur Vernetzung in die Zivilgesellschaft wirken.

Formen intersektorale Vernetzung auf kommunaler Ebene



Gemäß der Initiativen ist die intersektorale Vernetzung eine geeignete Koordinationsform, da die Autonomie der Initiative, die eine wichtige Motivation ihrer Mitglieder ist, gewahrt bleibt und gleichzeitig Gelegenheitsstrukturen für Kooperation mit der Kommunalverwaltung eröffnet werden.

Überkommunale Vernetzung

Durch überkommunale Netzwerkbildung ließen sich lokal nichtverfügbare Ressourcen, wie etwa die Jugendkompetenzen der Landkreise oder Wissensressourcen der mobilen Beratungsteam einwerben und ein überregionaler Erfahrungsaustausch über Präventionsstrategien und –maßnahmen initiieren. Auch könnten benachbarte kommunale Einheiten durch Vernetzung ihre Präventionsstrategien konzertieren. So könnten räumliche Problemverlagerungen, wie sie durch die Mobilität gewalttätiger Jugendgruppen bei lokalkonzentriertem Präventionsdruck entstehen, vermieden werden.

Im zivilgesellschaftlichen Sektor wird ein Erfahrungsaustausch auf Landesebene durch das Aktionsbündnis gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt organisiert. Das Aktionsbündnis wurde 1997 auf Beschluss der Landesregierung gegründet. Bis Anfang 2000 umfasste das Aktionsbündnis neben gesellschaftlichen Organisationen auch Ressorts der Landesregierung. Im Jahre 2000 kam es zu einer Neustrukturierung des Aktionsbündnisses mit der Wirkung, dass sich das Aktionsbündnis inhaltlich stärker auf die Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Frem-

denfeindlichkeit ausrichtete. Die organisatorischen Veränderungen führten zu einer Öffnung für lokale Bündnisse und Einzelpersonen; die Ministerien zogen sich aus dem Aktionsbündnis zurück.¹⁴ Das Aktionsbündnis unterhält zwar nach seiner Umstrukturierung eine Geschäftsstelle beim Ministerium für Bildung, Jugend und Sport und kooperiert eng mit den Bausteinen des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“, ist aber seither konsequent zivilgesellschaftlich ausgerichtet.¹⁵ Zu seinen Hauptaufgaben zählen u.a. die kritische Begleitung von landes- und bundespolitischen Entscheidungen, die Zusammenarbeit mit dem Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“, die Vernetzung seiner Mitglieder, Beratung und finanzielle Unterstützung lokaler Initiativen sowie der Erfahrungsaustausch mit den lokalen Initiativen.¹⁶ Das Bündnis umfasst gegenwärtig 48 Einzelpersonen und lokale Bündnisse. U.a. gehören zum Aktionsbündnis lokale Bündnisse wie das Netzwerk Tolerantes Eberswalde, die Plattformen gegen Rechts in Frankfurt/Oder und Fürstenwalde, Runder Tisch für Ausländer – Gegen Gewalt Spremberg, Cottbuser Aufbruch, Finsterwalder Aktionsbündnis für Menschlichkeit und Toleranz sowie das Bündnis gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit der Stadt Brandenburg sowie landesweite Organisationen, wie die RAA, der Flüchtlingsrat des Landes Brandenburg und das antirassistische Jugendbündnis „Aktion Noteingang“.¹⁷ Für die inhaltliche Arbeit gliedert sich das Aktionsbündnis in drei Arbeitsgruppen: AG 1: Engagement vor Ort, Probleme von Initiativen und Lokalpolitik, AG 2: Schule und Jugendarbeit und AG 3: Ausländer und Ausländerintegration.

In Folge der inhaltlichen Neuausrichtung des Aktionsbündnisses wurde im Juni 2000 auf Beschluss der Landesregierung der Landespräventionsrat Sicherheitsoffensive Brandenburg gegründet. Im Unterschied zum Aktionsbündnis soll der Landespräventionsrat für sämtliche Erscheinungsformen der Kriminalität im Land Brandenburg präventiv tätig werden.¹⁸ Er sollte daher als ein komplementäres Gremium zum Aktionsbündnis betrachtet werden.

Er wirkt politikberatend, indem er Vorschläge für die Landesregierung zur Verhütung von Kriminalität erarbeitet. Er unterstützt vorhandene KKV-Gremien bzw. die Gründung neuer Gremien. Er trägt ferner zur Vernetzung von Akteuren bei, die kriminalpräventiv wirken können.

¹⁴ Vgl. Aktionsbündnis gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit: 5 Jahre Aktionsbündnis, in [URL: http://www.brandenburg.de/aktionsbueundnis/aktuell/5Jahre/geschab.htm](http://www.brandenburg.de/aktionsbueundnis/aktuell/5Jahre/geschab.htm) (20.02.2003)

¹⁵ Die Regierungsunabhängigkeit des Aktionsbündnis wurde von seinem Vorsitzenden Rolf Wischnath immer wieder betont. So auch in seiner Kommentierung von Plänen, das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ und das Aktionsbündnis zusammenzulegen. Siehe „Wischnath nach Leichsenrings Rücktritt“, in Märkische Allgemeine Zeitung vom 10.12.2002.

¹⁶ Vgl. [URL: http://www.brandenburg.de/aktionsbueundnis/ziele/aufgaben.htm](http://www.brandenburg.de/aktionsbueundnis/ziele/aufgaben.htm) (20.02.2003)

¹⁷ Vgl. [URL: http://www.brandenburg.de/aktionsbueundnis/aktuell/5Jahre/entwmitgl.pdf](http://www.brandenburg.de/aktionsbueundnis/aktuell/5Jahre/entwmitgl.pdf) (20.02.2003)

¹⁸ Vgl. Minister Schönbohm und Schelter: „Sicherheit ist Bestandteil der Lebensqualität“, Pressemitteilung Nr. 040/00 vom 22. März 2000, in [URL: http://www.brandenburg.de/land/mi/presse/pm00/pm00040.htm](http://www.brandenburg.de/land/mi/presse/pm00/pm00040.htm) (20.02.2003)

Für seine äußere Vertretung verfügt der Landespräventionsrat über einen Vorstand, der aus dem Minister des Inneren, dem Minister für Justiz und Europaangelegenheiten, dem Minister für Bildung, Jugend und Sport sowie dem Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen besteht. Den Vorsitz hat der Minister des Innern inne. Die Geschäftsstelle befindet sich im gleichen Ministerium. Gegenwärtig setzt sich das Plenum aus 85 staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen und Einrichtungen zusammen.¹⁹

Bereits als Ergebnis der Befragung der KKV-Gremien wurde angeregt, den Landespräventionsrat als einen Netzwerkknoten des KKV-Netztes auszubauen.²⁰ Über einen solchen Knoten könnte die Netzwerkbildung zwischen den KKV-Gremien, die bis dato nur lose verkoppelt sind, vorangetrieben werden: So könnten im Landespräventionsrat Informationen und Präventionserfahrungen gepoolt und an die KKV-Gremien weitergeleitet werden. Der bilaterale Erfahrungsaustausch von KVV-Gremien, die vergleichbare Problemkonstellationen zu bearbeiten haben, könnte angeregt werden. Informationen zu komplementären Netzwerken (MBT, RAA, Koordinatoren, Mobile Einsatzeinheiten gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit (MEGA), Täterorientierte Maßnahmen gegen extremistische Gewalt (TOMEG)) könnten effizienter weitergeleitet werden, so dass die Kooperation zu diesen Netzwerken optimiert wird.

Die Pflege der notwendigen Kommunikationsmedien (Internet, Mitteilungsblätter etc.) könnte von der Geschäftsstelle übernommen werden.

Mitunter haben sich auch auf der Kreisebene Präventionsgremien gebildet. Das ist begrüßenswert, da die aus präventiven Gesichtspunkten notwendige Jugendkompetenzen vor allem auf Landkreisebene angesiedelt sind. Eine Vernetzung des Jugendamtes in die Kreisgremien sollte unbedingt erfolgen. Auch könnten sich in solchen Gremien die polizeilichen Präventionsexperten der Schutzbereiche²¹ mit den Fachressorts koordinieren.

Die Kreisgremien könnten auf der Ebene der Kreise die Funktion des Landespräventionsrates als Netzwerkknoten übernehmen: Sie könnten als Promotoren neuer kommunaler Gremien wirken. Die Mittelvergabe der Jugendhilfe der Kreisjugendämter ließe sich auch an präventiven Gesichtspunkten ausrichten bzw. unter präventiven Gesichtspunkten optimieren. Und schließlich könnte die Jugendkompetenz der Kreise für die KKV-Gremien zur Verfügung gestellt werden.

¹⁹ Vgl. Landespräventionsrat Sicherheitsoffensive Brandenburg, Kommunale Kriminalitätsverhütung in Brandenburg, Landeskonferenz vom 16. Mai 2002, S. 75 f.

²⁰ Vgl. Dieter Holtmann, Elisabeth Holtmann, Tilo Görl, Bestandsaufnahme zur kommunalen Prävention a.a.O., 22 f.

²¹ Im Rahmen der brandenburgischen Polizeistrukturreform werden in den Schutzbereichen Sicherheits- und Präventionsberater für die Kommunen bereitgestellt. Siehe Hans-Jürgen Hohnen, Konzept „Sicherheits- und Präventionsberater“ in a.a.O., S. 68 f.

Obwohl es Überschneidung gibt, haben der Landespräventionsrat und das Aktionsbündnis eine unterschiedliche inhaltliche und sektorale Zuständigkeit. Der Landespräventionsrat bedient die mehrheitlich auf Verwaltungskoordination angelegten KKV-Gremien²² und ist für die gesamte Breite der Kriminalität zuständig. Das Aktionsbündnis sieht sich eher staatsfern. Seine Adressaten sind die zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Diese Arbeitsteilung ist sinnvoll und sollte beibehalten bleiben. Allerdings sind die Kooperationspotentiale zwischen den beiden Gremien noch nicht voll ausgeschöpft. Die Effektivität von Kooperation lässt sich am Beispiel der Koordinatoren gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit ablesen. Das Konzept wurde von der Koordinierungsstelle des „Toleranten Brandenburg“ und dem Aktionsbündnis erarbeitet. In der Praxis erfolgt seine Umsetzung durch die lokalen Initiativen in Kooperation mit den Mobilien Beratungsteams.

Auch die Kooperation zwischen Präventionsrat und Aktionsbündnis könnte zu einem positiven Output führen. So könnten Kooperationswiderstände auf kommunaler Ebene etwa zwischen der kommunalen Verwaltung und den zivilgesellschaftlichen Initiativen in den zuständigen Arbeitsgemeinschaften beider Gremien (im Landespräventionsrat die AG 3: Kommunale Netze, im Aktionsbündnis die AG 1: Engagement vor Ort) erörtert und gemeinsame Lösungsansätze erarbeitet werden. Über die jeweiligen Netze könnten die gemeinsamen Lösungsansätze proliferiert und an die kommunalen Akteure herangetragen werden.

Insgesamt erfordert die große Veränderlichkeit der Probleme, dass die Wissensbestände der verschiedenen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure vernetzt werden. Durch wechselseitigen Respekt und Koordination lassen sich die Präventionsaktivitäten des Staates z.B. in der Schule, in der öffentlichen Verwaltung und durch die Ordnungskräfte sowie der zivilgesellschaftlichen Akteure in ihren Bemühungen um demokratische Diskurse und Partizipation auf allen Ebenen noch erfolgreicher gestalten. Diese vernetzten demokratischen Potentiale könnten zu einem Standortfaktor werden.

²² Vgl. die Abbildung zum Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg der Landesregierung.

Literaturverzeichnis

ADORNO, Theodor W./FRENKEL-BRUNSWIK, Else/LEVINSON, Daniel J./SANFORD, R. Nevitt: The Authoritarian Personality. New York 1950

ANHUT, Reimund: Gesellschaftliche Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen in großstädtischen Untersuchungsräumen. Dokumentation des Forums Migrations- und Integrationsforschung. 2000. Landeszentrum für Zuwanderung Nordrhein-Westfalen. Solingen 2001, S. 48-52

ARZHEIMER, Kai/SCHOEN, Harald/FALTER, W.: Rechtsextreme Orientierungen und Wahlverhalten. In: SCHUBARTH, W./STÖSS, R. (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Opladen Leske + Budrich 2001

BACHER, Johann (Hrsg.): In welchen Lebensbereichen lernen Jugendliche Ausländerfeindlichkeit? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Jg. 53, Heft 2, 2001, S. 334-349

BALIBAR, Etienne; Die Grenzen der Demokratie. Berlin 1993: Argument Verlag.

BECK, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt 1986

BECKER, Howard S.: Außenseiter. Zur Soziologie abweichenden Verhaltens. 1963. Frankfurt/Main 1973

BENZ, Wolfgang (Hrsg.): Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils. München 1995

BENZ, Wolfgang (Hrsg.): Rechtsextremismus in Deutschland. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen. Frankfurt/M. 1994

BERGMANN, Werner/ERB, Rainer (Hrsg.): Neonazismus und rechte Subkultur. Berlin 1994

Bericht der Landesregierung: Entwicklungstendenzen bei der Umsetzung des Handlungskonzepts Tolerantes Brandenburg im kommunalen Raum – lokale Netzwerke und Initiativen. 2002

BIELICKI, Julian S.: Der rechtsextreme Gewalttäter. Eine Psycho-Analyse. Hamburg 1993

BOHNSACK, Ralf u.a.: Die Suche nach Gemeinsamkeit und die Gewalt der Gruppe. Hooligans, Musikgruppen und andere Jugendcliquen. Opladen 1995

BOHNSACK, Ralf: Adoleszenz, Aktionismus und die Emergenz von Mileus. Eine Ethnographie von Hooligan-Gruppen und Rockbands. In: Zeitschrift für Sozialisation und Erziehung, Jg. 17, Heft 1, 1997, S. 3-18

BOMMES, M./SCHERR, A.: Rechtsextremismus: Ein Angebot für ganz gewöhnliche Jugendliche. In: MANSEL, J. (Hrsg.): Reaktionen Jugendlicher auf gesellschaftliche Bedrohungen. Weinheim/München 1992, S. 210-227

BROSIUS, Hans-Bernd/ESSER, Frank: Eskalation durch Berichterstattung? Massenmedien und fremdenfeindliche Gewalt. Opladen 1995

Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 1997. Bonn 1998, S. 70-126

Bundesministerium des Innern und Bundesministerium der Justiz: Erster Periodischer Sicherheitsbericht. Kurzfassung. Berlin Juli 2001

BUTTERWEGGE, Christoph: Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion. Darmstadt 1996

BUTTERWEGGE, Christoph: Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik. Opladen: Leske + Budrich 1999

BUTTERWEGGE, Christoph/ISOLA, Horst (Hrsg.): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Randerscheinung oder Gefahr für die Demokratie? Bremen-Berlin 1993

BUTTERWEGGE, Christoph/LOHMANN, Georg: Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente. Opladen 2000

CORNEL, Heinz: Präventionskonzepte gegen Jugendgewalt in Brandenburg. In: WIDMANN, Peter/ERB, Rainer/BENZ, Wolfgang (Hrsg.): Gewalt ohne Ausweg? Strategien gegen Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Berlin und Brandenburg. Berlin 1999

CZOCK, Horst/PANKE, Martina/STEIL, Armin: Arbeitswelt und Migrationskonflikte. In: WIDMANN, Peter u.a. (Hrsg.): Gewalt ohne Ausweg? Berlin Metropol 1999

DECKER, Franz: Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien. Opladen 2000

Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): Gewalt gegen Fremde. Rechtsradikale, Skinheads und Mitläufer. Weinheim/München 1993

Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2000 13. Shell Jugendstudie. 2 Bände. Opladen Leske + Budrich 2000

DRUWE, Ulrich/MANTINO, Susanne: Rechtsextremismus. Methodologische Bemerkungen in einem politikwissenschaftlichen Begriff. In: FALTER, J. G./JASCHKE, H.-G./WINKLER, J. R. (Hrsg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Opladen 1996, S. 66-80

DÜNDEL, Frieder/GENG, Bernd (Hrsg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Bestandsaufnahme und Interventionsstrategien. Mönchengladbach 1999

ECKERT, R./WILLEMS, H./WÜRTZ, S.: Erklärungsmuster fremdenfeindlicher Gewalt im empirischen Test. In: FALTER, J. G./JASCHKE, H.-G./WINKLER, J. R. (Hrsg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Opladen 1996, S. 152-167

ELIAS, Norbert: Über den Prozeß der Zivilisation. 2 Bände. Frankfurt 1976: Suhrkamp

ERB, Rainer/BERGMANN, Werner (Hrsg.): Neonazismus und rechte Subkultur. Berlin 1994

FALTER, Jürgen W./JASCHKE, Hans-Gerd/WINKLER, Jürgen R. (Hrsg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. PVS-Sonderheft 27, Opladen 1996

FALTER, Jürgen W./Klein, Markus: Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland. München 1994

FARIN, Klaus (Hrsg.): Die Skins. Mythos und Realität. Berlin 1997

FARIN, Klaus/SEIDEL-PIEHLEN, Eberhard: Skinheads. München 1993

FÖRSTER, Peter/FRIEDRICH, Walter/ MÜLLER, Harry/SCHUBARTH, Wilfried: Jugend Ost: Zwischen Hoffnung und Gewalt. Opladen 1993

FRIEDRICH, Walter /FÖRSTER, Peter: Jugend im Osten. Leipzig 1996

FRINDTE, Wolfgang (Hrsg.): Jugendlicher Rechtsextremismus und Gewalt zwischen Mythos und Wirklichkeit. Münster-Hamburg 1995

FRINDTE, Wolfgang (Hrsg.): Fremde, Freunde, Feindlichkeiten: Sozialpsychologische Untersuchungen. Opladen 1999

FUCHS, Jürgen/KREFT, Dieter/LÖHR, Rolf-Peter (Hrsg.): Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt. 5 Bände, Münster 1997

GALTUNG, Johan: Frieden mit friedlichen Mitteln, Opladen 1998

GANTER, Stephan/ESSER, Hartmut: Ursachen und Formen der Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. vom Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. 1999. Arbeit und Sozialpolitik. Bonn 1999

GESSENHARTER, Wolfgang: Warum neue Beteiligungsmodelle auf kommunaler Ebene? Kommunalpolitik zwischen Globalisierung und Demokratisierung. In: ApuZ B50,1996

GESSENHARTER, Wolfgang: Intellektuelle Strömungen und Vordenker in der deutschen Neuen Radikalen Rechten. In: GRUMKE, Thomas/WAGNER, Bernd (Hg.), Handbuch Rechtsextremismus. Opladen 2002: Leske + Budrich, S. 189-201

GESSENHARTER, Wolfgang/FRÖCHLING, Helmut (Hrsg.): Rechtsextremismus und neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes? Opladen Leske + Budrich, 1998

GIESSEN, Hans W.: Der Mythos vom Strohfeuer. In: HEILAND, Hans-Günther/LINDEMANN, Christian (Hrsg.): Soziologische Dimensionen des Rechtsextremismus. Opladen Westdeutscher Verlag 1996

GILLE, Martina/ KRÜGER, Winfried (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Einstellungen der 16- bis 29-jährigen im vereinigten Deutschland. DJI-Jugendsurvey 2. Opladen 2000

GÖTZ, N.: Modernisierungsverlierer oder Gegner der reflexiven Moderne? Zeitschrift für Soziologie, 26, 1997, S. 393-413

GREVE, Werner/WETZELS, Peter: Kriminalität und Gewalt in Deutschland. Lagebild und offene Fragen. In: Zeitschrift für Sozialpsychologie 30, Heft 2/3, 1999, S. 95-110

HEILAND, Hans Günther/LÜDEMANN, Christian (Hrsg.): Soziologische Dimensionen des Rechtsextremismus. Opladen 1996

HEITMEYER, W.: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation. Weinheim/München 1987

HEITMEYER, Wilhelm: Gesellschaftliche Desintegrationsprozesse als Ursachen von fremdenfeindlicher Gewalt und politischer Paralyse. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 2-3, 1993 S. 3-13

HEITMEYER, W. (Hrsg.): Das Gewalt-Dilemma. Gesellschaftliche Reaktionen auf fremdenfeindliche Gewalt und Rechtsextremismus. Frankfurt/M. 1994

HEITMEYER, Wilhelm: Jugendkriminalität. In: SCHMIDT-GÖDELITZ, Axel (Hrsg.): Kinder- und Jugendkriminalität in Deutschland. Berlin 1997

HEITMEYER, W./BUHSE, H./LIEBE-FREUND, J./MÖLLER, K./MÜLLER, J./RITZ, H./SILLER, G./VOSSEN, J.: Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher, Weinheim/München 1992

HELD, Josef/HORN, Hans-Werner/LEIPRECHT, R./MARVAKOS Athanasios (Hrsg.): Du musst so handeln, dass du Gewinn machst ... Wohlstandschauvinismus junger Arbeitnehmer. In: Deutsche Jugend 39, Heft 11, 1991, S.482-494

HELD, Josef/HORN, Hans-Werner/MARVAKIS, Athanasios: Politische Orientierungen und Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen in Deutschland. In: Deutsche Jugend 42, Heft 11, 1994, S. 475-487

HELD, Josef/HORN, Hans-Werner/MARVAKIS, Athanasios: Gespaltene Jugend. Politische Orientierung jugendlicher Arbeitnehmer. Opladen 1996

HELLMANN, K.-U./KOOPMANS, R. (Hrsg.): Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von Neuen Sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus. Opladen 1998

HIRSCHFELD, Uwe/KLEINERT, Ulfrid (Hrsg.): Zwischen Ausschluß und Hilfe. Soziale Arbeit und Rechtsextremismus. Leipzig 2000

HITZLER, Ronald et al.: Leben in Szenen. Formen jugendlicher Vergemeinschaftung heute. Opladen 2001: Leske und Budrich.

HOFFMANN-LANGE, Ursula (Hrsg.): Jugend und Demokratie in Deutschland DJI - Jugendsurvey. Opladen 1995

HOFFMANN-NOWOTNY, Hans Joachim: Soziologische Aspekte der Multikulturalität. In: BADE, Klaus (Hrsg.): Migration - Ethnizität - Konflikt. Systemfragen und Fallstudien. Osnabrück 1996

HOLTMANN, Dieter/STÖLTING, Erhard/ZAPF, Antje/HOLTMANN, Elisabeth/GOLTZ, Elke/GÖRL, Tilo/SITTER, Roger/FISCHER, Ulrike/BUCHHEISTER, Claudia: Bestandsaufnahme zur Prävention von Kriminalität, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit durch Expertenbefragung der Leiter der vor Ort

bestehenden Gremien kommunaler Kriminalitätsverhütung im Land Brandenburg. Landespräventionsrat Brandenburg. Potsdam 2001

HOLTMANN, Dieter/HOLTMANN, Elisabeth/GÖRL, Tilo: Bestandsaufnahme zur kommunalen Prävention von Kriminalität, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit im Land Brandenburg. In: Landespräventionsrat Brandenburg: Kommunale Kriminalitätsverhütung in Brandenburg. Landeskonzferenz. Potsdam 2002

HOLTMANN, Dieter/HOLTMANN, Elisabeth/GÖRL, Tilo/Goltz, Elke/FISCHER, Ulrike/JANECZKA, Ines/JACOBI, Lena/OTTO, Christian/KLAUB, Christian/HOFFMANN, Juliane/TINSNER, Karen/PATZWALD, Claudia/BUCHHEISTER, Claudia/BSDOK, Ursula/CHRIST, Mirja/ELSNER, Anne/HAGENMÜLLER, Jan-Peter/KELLNER, Andreas: Gewalt und Fremdenfeindlichkeit. Erklärungsfaktoren sowie Handlungsempfehlungen zu den kriminalpräventiven und zivilgesellschaftlichen Potentialen. Landeskonzferenz. Potsdam 2004

HOPF, Chr./RIEKER, P./SANDEN, M./SCHMIDT, Chr.: Familie und Rechtsextremismus. Familiäre Sozialisation und rechtsextreme Orientierungen junger Männer. Weinheim/München 1995

Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Skinheads und Rechtsextremismus. Instrumentalisierung einer jugendlichen Subkultur. Düsseldorf 1999

JÄGER, Siegfried/LINK, Jürgen (Hrsg.): Die vierte Gewalt. Rassismus und Medien. Duisburg 1993

JÄHNER, Uli: No Gangs - Gangs no. Jugend, Subkulturen und Gewalt. Eine Berliner Skizze. In: Prokla 28 (1998), Nr. 1, S. 119-136, 133-135

JASCHKE, Hans-Gerd: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder. Opladen 1994

JASCHKE, Hans Gerd: Für eine aktive Bürgergesellschaft. Thesen zur Diskussion über Rechtsextremismus im Sommer 2000. In: Perspektive. Ein Forum der Landeszentrale für politische Bildung in Rheinland-Pfalz. September 2000/6, S. 20 ff.

KERSTEN, Joachim: Die Gewalt der Falschen. Opfermentalität und Aggressionsbereitschaft. In: FARIN, Klaus (Hrsg.): Die Skins. Mythos und Realität. Berlin 1997

KEMPER, Markus/KLIER, Harald/FUNKE, Hajo: Ich will mich nicht daran gewöhnen. Fremdenfeindlichkeit in Oranienburg. Berlin 1998

KITSCHOLT, Herbert: The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis, Ann Arbor 1995

KITSCHOLT, Herbert: Politische Konfliktlinien in westlichen Demokratien: Ethnisch-kulturelle und wirtschaftliche Verteilungskonflikte. In: LOCH, Dietmar/HEITMEYER, Wilhelm 2001: 418-442.

KLEINERT, Corinna/KRÜGER, Winfried/WILLEMS, Helmut: Einstellungen junger Deutscher gegenüber ausländischen Mitbürgern und ihre Bedeutung hinsichtlich politischer Orientierungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 31, 1998, S. 14-27

KLÖNNE, Arno: Aufstand der Modernisierungsoffer. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 34 (1989), S. 545-548

KOCH, Reinhard/BEHN, Sabine: Gewaltbereite Jugendkulturen. Theorie und Praxis sozialpädagogischer Gewaltarbeit. Weinheim Basel 1997

KOOPMANS/RUCHT: Rechtsextremismus als soziale Bewegung? In: FALTER, J. W./JASCHKE, H.-G./WINKLER, J. R. (Hrsg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Opladen (PVS Sonderheft 27), 1996, S. 265-287

KOWALSKY, W./SCHROEDER, W. (Hrsg.): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz. Opladen 1994

Landesumweltamt Brandenburg : Berlin-Brandenburg regional '96. Potsdam 1996

LANIG, Jonas: 100 Projekte gegen Ausländerfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt. Lichtenau 1996

LAPPE, Lothar: Berufliche Chancen Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 1999. B 26, S. 30-39

LOCH, Dietmar/HEITMEYER, Wilhelm (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien. Frankfurt/M, Suhrkamp 2001

LÜDEMANN, Christian: Die Einstellung zur Einführung des „Doppelpasses“. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Jg. 53, Heft 3, 2001, S. 547-568

LYNEN VON BERG, Heinz: Politische Mitte und Rechtsextremismus. Opladen 2000: Leske + Budrich

MECKLENBURG, Jens (Hrsg.): Handbuch Deutscher Rechtsextremismus. Berlin 1996

MECKLENBURG, Jens (Hrsg.): Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft. Berlin 1999

MECKLENBURG, Jens (Hrsg.): Was tun gegen Rechts? Berlin 1999

Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (Hg.): Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2000. Verfassungsschutz durch Aufklärung. Potsdam 2000

Ministerium für Jugend, Bildung und Sport des Landes Brandenburg: Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg. Materialsammlung zu den Regionalkonferenzen der Koordinatoren gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt am 17.11.2001 in Cottbus bzw. 19.01.02 in Eberswalde.

MINKENBERG, Michael: Die neue radikale Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland. Opladen. Westerdeutscher Verlag 1998

MÖLLER, Kurt: Rechte Kids. Eine Langzeitstudie über Auf- und Abbau rechtsextremistischer Orientierungen bei 13- bis 15-jährigen. Weinheim und München, Juventa 2000

MORSHÄUSER, Bodo: Hauptsache Deutsch. Frankfurt/M. 1992

MONTAU, Robert: "Durchboxen, das ist überall so". Zur Entwicklung von Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen. In: Psychosozial 18 (195), Nr. 59, S. 79-98

MÜLLER, Harry/SCHUBARTH, Wilfried: Rechtsextremismus und aktuelle Befindlichkeiten von Jugendlichen in den neuen Bundesländern. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 38, 1992, S. 16-28

MUSHABEN, Joyce Marie: The Rise of Femi-Nazis? Female Participation in Right-Extremist Movements in Unified Germany. In: German Politics, Vol 5, No 2, (August 1996), pp 240-261

OBERGFELL-FUCHS, Joachim: Kriminologische Forschung und kommunale Kriminalprävention. In: Neue Kriminalpolitik 2/2000, S. 33-37

OHLEMACHER, Thomas: "Wechselwirkungen nicht ausgeschlossen": Medien, Bevölkerungsmeinung und fremdenfeindliche Straftaten 1991-1997. In: DÜNKEL, Fieder/GENG, Bernd (Hg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Bestandsaufnahme, und Interventionsstrategien. Mönchengladbach, Forum Verlag Godesberg 1999

Opferperspektive Brandenburg: Jahrbuch 2002. Potsdam 2003

OSWALD, Hans: Beziehungen zu Gleichaltrigen. In: ZINNECKER, Jürgen, Jugend 92, Band 2 („Shell Studie“), 1992, S. 319-332

OTTO, Hans-Uwe/MERTEN, Roland (Hrsg.): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch. Opladen 1993

PFAHL-TRAUGHBER, Armin: Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung. Bonn 1993

PFAHL-TRAUGHBER, Armin: "Konservative Revolution" und "Neue Rechte". Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat. Opladen. Leske + Budrich 1998

PFAHL-TRAUGHBER, Armin: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. München 1999

PFEIFFER, Christian: Kriminalität junger Menschen im vereinigten Deutschland - eine Analyse auf der Basis der polizeilichen Kriminalitätsstatistik 1988-1994. (KFN-Forschungsberichte Nr. 60), Hannover 1995

-
- PILZ, Gunther A.: Jugend, Gewalt und Rechtsextremismus. Möglichkeiten und Notwendigkeiten politischen, polizeilichen und (sozial-)pädagogischen Handelns. Hannover 1993
- POUTRUS, Patrice G./BEHRENDT, Jan. C./KUCK, Dennis: Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 39, 2000, S. 15-21
- PRÖHL, Marga (Hg.): Multikulturelle Gesellschaft - Integration in der Kommune. Internationale Recherchen und Fallbeispiele. Gütersloh, Verlag Bertelsmann Stiftung 1998
- ROKEACH, Milton: The Open and Closed Mind. Investigations Into the Nature of Belief Systems and Personality Systems. New York 1960
- ROMMELSPACHER, Birgit: Rassismus im Interesse von Frauen? In: Zeitschrift für Frauenforschung, Heft 1+2, Jg. 12, 1994
- ROMMELSPACHER, Birgit: Rechtsextreme als Opfer der Risikogesellschaft - Zur Täterentlastung in den Sozialwissenschaften. In: 1999, 6, 1991, 2, 1991, S. 75-87
- RUCHT, Dieter: Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Frankfurt/M./ New York 1994
- SANDER, Ekkehard: Skinheads - Gefangene des eigenen Mythos? In: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): Gewalt gegen Fremde. Rechtsradikale, Skinheads und Mitläufer. Weinheim München, Juventa Verlag 1993
- SCHÄFER/HÜLLEN: Thematisierung von Fremdenfeindlichkeit und Gewalt in den Medien und kommunale Reaktionen. In: WIDMANN/ERB/BENZ (Hrsg.): Gewalt ohne Ausweg? Strategien gegen Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Brandenburg. Berlin 1999, S. 81-110
- SCHEFFER, Bernd: Medien und Fremdenfeindlichkeit. Alltägliche Paradoxien, Dilemmata, Absurditäten und Zynismen. Opladen 1997
- SCHEUCH, Erwin K./KLINGEMANN, Hans-Dieter: Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften. In: ORTLIEB, Hans-Dieter/MOLITOR, BRUNO (Hrsg.): Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialpolitik, 12, Tübingen 1967

SCHMID, Günther: Reform der Arbeitsmarktpolitik – Vom fürsorgenden Wohlfahrtsstaat zum kooperativen Sozialstaat. In: WSI-Mitteilungen 49 (10), 1996, S. 629-641

SCHMID, Günther: Übergänge in eine neue Vollbeschäftigung. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 47. Jg., 1996, H. 11-12, S. 736-742

SCHMITT, Carl: Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus. Berlin 1969: Duncker und Humblot

SCHRÖDER, Burkhard: Rechte Kerle. Skinheads, Faschos, Hooligans, Reinbek 1992

SCHRÖDER, Burkhard: Im Griff der rechten Szene. Ostdeutsche Städte in Angst. Reinbek 1997

SCHRÖDER, Burkhard (Hrsg.): Nazis sind Pop. Berlin, Espresso-Verlag 2000

SCHUBARTH, Wilfried: Jugendprobleme in den Medien. Zur öffentlichen Thematisierung von Jugend am Beispiel des Diskurses zur "Jugendgewalt". In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 31, 1998

SCHUBARTH, Wilfried: Gewaltprävention in Schule und Jugendhilfe. Neuwied-Kriftel 2000

SCHUBARTH, Wilfried: Pädagogische Konzepte als Teil der Strategien gegen Rechtsextremismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 39, 2000

SCHUBARTH, Wilfried: Jugendgewalt als Konjunkturthema in den Medien. In: Neue Kriminalpolitik 3/2001, S. 25-29

SCHUBARTH, Wilfried/MELZER, Wolfgang (Hrsg.): Schule, Gewalt und Rechtsextremismus. Opladen 1993 (2. erw. Auflage 1995)

SCHUBARTH, Wilfried/STÖSS, Richard (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Opladen. Leske + Budrich 2001

SCHUMANN, Siegfried/WINKLER, Jürgen R. (Hrsg.): Jugend, Politik und Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz. Frankfurt/M. 1997

SENGHAAS, Dieter: Wohin driftet die Welt? Über die Zukunft friedlicher Koexistenz. Suhrkamp. Frankfurt 1994

SIEBEL, Walter/IBERT, Oliver/MAYER, Hans-Norbert: Staatliche Organisation von Innovation unter widrigen Umständen durch einen unbegabten Akteur. In: Leviathan 29. Jg., Heft 4, 2001, S. 526-543

STÖSS, Richard: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklung - Ursachen - Gegenmaßnahmen. Opladen 1989

STÖSS, Richard: Rechtsextremismus in einer geteilten politischen Kultur. In: NIEDERMAYER, Oskar/von BEYME, Klaus: Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland. Berlin 1994

STÖSS, Richard: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Hrsg. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2000

STURZBECHER, Dietmar (Hrsg.): Jugend und Gewalt in Ostdeutschland: Lebenserfahrungen in Schule, Freizeit und Familie. Göttingen 1997

STURZBECHER, Dietmar (Hrsg.): Jugend in Ostdeutschland: Lebenssituationen und Delinquenz. Opladen. Leske + Budrich 2001

STURZBECHER, Dietmar (2002): Jugend in Ostdeutschland – Längsschnittdaten zur Lebenssituation und Delinquenz 1999 – 2001. In: Tolerantes Brandenburg im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport & Städte- und Gemeindebund (Hrsg.). Materialsammlung zu den Regionalkonferenzen der Koordinatoren gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt am 17.11.01 in Cottbus/19.01.02 in Eberswalde

Tagesspiegel vom 06.08.2001: „Des Bürgermeisters Bauch fühlt sich schon besser.“ Zu finden unter URL:<http://www2.tagesspiegel.de/archiv/2001/08/05/ak-br-449195.html>

THALHAMMER, Eva: Einstellungen gegenüber Minderheitengruppen in West- und Ostdeutschland. Eine Analyse der Eurobarometer 2000 Erhebung im Auftrag der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Wien, April 2001

TONN, Michael: „Individualisierung“ als Ursache rechtsradikaler Jugendgewalt? In: Jürgen Friedrichs (Hg.): Die Individualisierungsthese. Opladen: Leske + Budrich 1998

TRENCZECK/PEIFFER a.a.O/HEINZ, Wolfgang: Kriminalpolitik, Bürger und Kommune. In: KURY, Helmut (Hrsg.): Konzepte kommunaler Kriminalprävention. Freiburg 1997, S. 24

ULBRICH-HERRMANN, Matthias (Hrsg.): Lebensstile Jugendlicher und Gewalt. Eine Typologie zur mehrdimensionalen Erklärung eines sozialen Problems. Münster, LIT Verlag 1998

WAGNER, Bernd: Handbuch Rechtsextremismus. Netzwerke-Parteien-Organisationen-Ideologiezentren-Medien. Reinbek 1994

WAGNER, Bernd: Jugend-Gewalt-Szenen. Zu Kriminologischen und historischen Aspekten in Osteutschland. Die achtziger und neunziger Jahre. Berlin 1995

WAGNER, Bernd: Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern. In: Bulletin. Schriftenreihe des Zentrum Demokratische Kultur. Berlin 1998

WAGNER, Bernd: Im Osten nichts Neues. In: Bulletin. Schriftenreihe des Zentrum Demokratische Kultur, Nr. 2, Berlin 1998

WAGNER, Bernd: Zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus in den neuen Bundesländern. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 39, 2000

WEISS, Ralph: Rechtsextremismus und vierte Gewalt. In: Soziale Welt, 45 (1994) 4, S. 480-504

WIDMANN, Peter/ERB, Rainer/Benz, Wolfgang (Hrsg.): Gewalt ohne Ausweg? Strategien gegen Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Berlin und Brandenburg. Berlin 1999

WILLKE, Helmut: Systemtheorie II: Interventionstheorie. Stuttgart 1996

WILLEMS, Helmut/ECKERT, Roland/WÜRTZ, Stefanie/STEINMETZ, Linda: Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen, Täter, Konflikteskalation. Opladen 1993

WILLEMS, Helmut/WÜRTZ, Stefanie/ECKERT, Roland: Analyse fremdenfeindlicher Straftäter. Bonn 1994

WILLIS, P.: Spaß am Widerstand. Gegenkultur in der Arbeiterschule. Frankfurt 1997

WINKLER, Jürgen R.: Jugend und Gewalt in Rheinland-Pfalz. In: SCHUMANN, Siegfried/WINKLER, Jürgen R. (Hrsg.): Jugend, Politik und Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz. Frankfurt/M. 1997